Heimat. Herz. Hannover.

POLITIK FÜR HANNOVER

Unser Programm

zur Kommunalwahl am

11. September 2016

afd-hannover.de
afd-hannover-land.de

Alternative für Deutschland

Vorwort

Deutschland braucht Mut. Hannover braucht Mut. Alternative für Deutschland.

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist die Bürgerbewegung vieler besorgter und verantwortungsbewusster Bürger aus der Mitte der Gesellschaft, die sich auf allen Handlungsebenen in der Bundesrepublik Deutschland (Bund, Länder, Kommunen) gebildet hat, um den gravierenden Fehlsteuerungen, einer von vielen als Entmündigung empfundenen Verselbständigung der etablierten Führungseliten Widerstand entgegen zu setzen.

Wir sind für alle Menschen da, unabhängig von Herkunft, Religion, Neigung und Aussehen die sich zur deutschen Kultur und Lebensweise bekennen und die folgenden Werte vertreten: Geradlinigkeit, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Disziplin, Pünktlichkeit, Ordnungssinn, Fleiß, Pflichtbewusstsein und Leistungsbereitschaft.

Unsere Stadt und unsere Region haben wichtige Beiträge zur Entwicklung Deutschlands, Europas und der Welt beigetragen. Der Stöckener Cord Broyhan hat uns mit seinem obergärigen Bier von den vorhergehenden Geschmacksangriffen erlöst und den Bierschmuggel aus Hildesheim überflüssig gemacht. Die Gilde Brauerei ist heute eines der ältesten Unternehmen Deutschlands und damit fast ein Kulturgut.

Gottfried Wilhelm Leibniz, der letzte Universalgelehrte und Namensgeber unserer Universität, war einer der bedeutendsten Philosophen des ausgehenden 17. und beginnenden 18. Jahrhunderts sowie einer der wichtigsten Vordenker der Aufklärung. Der Aufklärung verdanken wir die Emanzipation

unseres Volkes von der Religion, die wir heute anscheinend wieder verteidigen müssen.

Karl Jatho, unser heimischer Flugpionier, soll einer der ersten Menschen gewesen sein, die einen motorisierten Flug durchgeführt haben. Elly Beinhorn hat dann später mit ihren Afrikaflügen, Weltumrundungen und sonstigen Rekordflügen das Potential der Fliegerei deutlich gemacht und außerdem gezeigt, welch großartige Leistungen Frauen erbringen können.

Der Hannoveraner Emil Berliner hat die Schallplatte erfunden und damit Sprache und Musik zum ersten Mal dauerhaft konservierbar und transportabel gemacht. Er war der Wegbereiter von Walkmen und MP3-Player. Theo Lingen aus der List, der superbe Charakterkomiker, hat mit seiner virtuos-marionettenhaften Pointenarbeit und seiner näselnden Stimme ganze Generationen verzückt.

Hermann Bahlsen entstammt einer in Hannover alteingesessenen Tuchhändler- und Goldschmiedefamilie und hat etwas erfunden, was viele von uns täglich begleitet: „Was ißt die Menschheit unterwegs? Na selbstverständlich Leibniz-Keks!“ Das aktuell bekannteste Produkt ist „Pick-up“.

An diese großartigen Beiträge wollen wir anknüpfen. Die Alternative für Deutschland ist die neue politische Kraft im 21. Jahrhundert auch im Land Niedersachsen, auch in der Landeshauptstadt Hannover, die die Interessen der Familien und der arbeitenden Bevölkerung in den Fokus der Politik stellen und das ideologische Schubladendenken vergangener Jahrzehnte beenden wird.

Wir sind Hannoveraner, die mit Sorge sehen, wie die überkommenen Parteien auch in Hannover durch Inkompetenz, Vetternwirtschaft und ideologische Verblendung für Fehlentwicklungen sorgen, an denen die Bevölkerung lange zu tragen haben wird. Beispielhaft wollen wir hier die weiter verfallende Infrastruktur der öffentlichen Schulen, die

Wohnungspolitik, die beängstigende Entwicklung der regionalen Krankenhausversorgung im Klinikum Region Hannover sowie die Kriminalitätsentwicklung nennen.

Die aktuelle Asylpolitik -in der eine planlos agierende Bundesregierung Deutschland in Europa isoliert und vorführt, getragen von Parteien, die sich wie Lemminge im Windschatten ihrer Führung bewegen bzw. in Schockstarre verharren- wird diese Entwicklungen weiter massiv verschärfen.

Auch die Hannoversche Öffentlichkeit stellt sich zu Recht die Frage, warum die Altparteien für die wenig Erfolg versprechende Zuwanderung orthodoxer (überwiegend männlicher) afrikanischer und arabischer Muslime im großen Stil Infrastruktur und Finanzmittel zur Verfügung stellt, die vorher den oben genannten Zwecken vorenthalten worden sind.

Die Alternative für Deutschland ist die mutige, neue und basisdemokratische Volkspartei, in der alle Berufsgruppen und Bildungsniveaus gleichberechtigt zusammen wirken. Wir richten uns grundsätzlich an alle Menschen in der Stadt und Region Hannover, die das Empfinden und die daraus resultierenden Erfahrungen zum gegenwärtigen Politikversagen teilen und sich unser Land nicht von einer ideologisierten Minderheit zerstören lassen wollen.

Unterstützen Sie uns.

Machen Sie Deutschland wieder zu Ihrem Land und Hannover zu Ihrer Stadt.

Dieses Programm gilt sowohl für die Wahlen zum Rat der Stadt Hannover als auch zur Regionsversammlung.

1. DIREKTE DEMOKRATIE 10

1.1 Allgemeine Forderungen 10

1.2 Stärkung der direkten Demokratie 14

1.3 Handlungsschwerpunkt Transparenz 16

1.4 Handlungsschwerpunkt Partizipation 17

1.5 Handlungsschwerpunkt Subsidiarität 18

2. FAMILIEN- UND WOHNUNGSPOLITIK 19

2.1 Familie stärken 19

2.1.1 Auswirkungen auf Familien prüfen 20

2.1.2 Freistellung von Kita-Gebühren 20

2.1.3 Wahlfreiheit der Kinderbbetreuung / Kindergeld 20

2.1.4 Erleichterung früher Familiengründung 21

2.1.5 familienfreundliche gestaltung des Arbeitsalltages 22

2.1.6 Unterstützung Alleinerziehender 22

2.1.7 Lehrmittelfreiheit und freies Schulessen 23

2.1.8 familienunterstützende Dienstleistungen 23

2.1.9 Gegen Früh- und Hypersexualisierung 24

2.1.10 Erlebnis- und Kreativraum für Jugendliche 24

2.2. Familienpolitik 25

2.2.1 Kein Kindergeld für im Ausland lebende Kinder 25

2.2.2 Steuerliche Gleichberechtigung von Familien 25

2.2.3 Tatsächliche Beitragsfreiheit für Kinder 26
2.2.4 Ehe u. eingetragene Lebenspartnerschaft 26
2.3 Wohnungs- und Stadtteilpolitik 27
2.4 Senioren 29

3. BILDUNG 31
3.1 Die Vorzüge unseres Bildungssystems erhalten! 31
3.2 In Schulen investieren 33
3.2.1 Gegen Früh- und Hypersexualisierung 34
3.2.2 Freie Schulwahl und sichere Schulwege! 34
3.3. Kindergärten und Grundschulen 34
3.3.1 Mehr Wert auf Kulturtechniken legen! 34
3.3.2 Tugenden vermitteln! 34
3.3.3 Positive Bezüge zu Deutschland fördern! 35
3.3.4 Sportliche Aktivitäten besonders fördern! 35
3.4 Bildungspolitik 36
3.4.1 Förderschule / Inklusion: Förderschulen erhalten! 36
3.4.2 Duales Berufsbildungssystem beibehalten! 37
3.4.3 Berufsorientierung verbessern! 37

4. GESUNDHEIT IN STADT UND REGION HANNOVER 38
4.1 Schaffung einer Gesundheitsregion Hannover 38

4.1.1 Beispiel: Klinikum Region Hannover (KRH) 39
4.2 Gesundheitserziehung und Prävention fördern 41

5. WIRTSCHAFT, VERKEHR UND ENERGIE 43

5.1 Wirtschaft 44
5.2 Mittelstandspolitik 45
5.2.1 Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit 45
5.2.2 Stärkung des Handwerksmeisters 45
5.2.3 Die heimische Bauwirtschaft stärken 46
5.2.4 Überregulierung abbauen 46
5.2.5 Bürokratie abbauen 46
5.2.6 arbeitnehmerfeindliche Vertragsformen 47
5.2.7 Verwaltungsaufwand 47
5.3 Verkehrspolitik 47
5.3.1 Autobahnen 49
5.3.2 Straßenverkehr in Stadt und Region Hannover 49
5.3.3 Straßen in der Stadt Hannover 50
5.3.4 Bestandsoptimierung vor Neubauprojekten 52
5.3.5 Bereitstellung von Parkraum 52
5.3.6 Radwegenetz flächendeckend ausbauen 54
5.3.7 Öffentlicher Nahverkehr 55
5.3.8 Stadtbahn D-Tunnel 56

5.3.9 Bahnverkehr 57
5.3.10 Lärm 58
5.4 Energiepolitik 59
5.4.1 Energieeinsparung und neue Lösungen 61
5.5 Förderung der Landwirtschaft 61
5.5.1 Wettbewerbsfähigkeit und Agrarsubventionen 62

6. FINANZEN UND VERWALTUNG 64
6.1 Finanzen 64
6.2 Kommunale Selbstverwaltung 66
6.3 Politik für den ländlichen Raum 67
6.3.1 Verbesserung der Infrastruktur auf dem Lande 67
6.3.2 Lokale Gemeinschaft stärken 68
6.3.3 Stärkung des ehrenamtlichen 69

7. INNERE SICHERHEIT UND POLIZEI 70
7.1 Sicherheit und Verbrechensbekämpfung 70
7.2 Asyl und innere Sicherheit in Hannover 71

8. SPORT UND KULTUR 74
8.1 Sport auch für die Identitätsstiftung 74
8.1.1 Fußball 75
8.1.2 Andere Sportarten 75

8.2 Kultur 78

9. WAHLAUFRUF 81

1. Direkte Demokratie

1.1 Allgemeine Forderungen

Die AfD in Niedersachsen bekennt sich uneingeschränkt zur kommunalen Selbstverwaltung gemäß Art. 28 Grundgesetz. Damit die kommunale Selbstverwaltung dauerhaft gesichert und verbessert werden kann, streben wir mittelfristig die Stärkung der Souveränität der Kommunen an. Dazu gehören die Rückverlagerung öffentlicher Aufgaben und eine Erhöhung des kommunalen Anteils am Steueraufkommen des Landes. Wir streben einen Schuldenschnitt bzw. Schuldenerlass an.

Die AfD in Niedersachsen wird eine weitere Schuldenpolitik auf Kosten zukünftiger Generationen in den Kommunen nicht mehr zulassen. Schuldenabbau und Rücklagenbildung haben für uns Priorität. Eingesparte Zinsen für gedrückte Schulden eröffnen den Kommunen neue finanzielle Spielräume für sinnvolle Zukunftsinvestitionen.

Wir wollen in der Kommunalpolitik Niedersachsens den Grundsatz durchsetzen, "Familien und Kinder haben Vorrang". Deshalb sind für uns, folgende Themen vorrangig. Kinderkrippen und Kindergärten, wohnortnahe Grundschulen, der Erhalt des dreigliedrigen Schulsystems, ausreichende Angebote für Sport und Freizeit, eine sinnvolle öffentliche Jugendförderung, sowie der Ausbau der bedarfsgerechten Betreuungsmöglichkeiten für die alten und pflegebedürftigen Bürgerinnen und Bürger. Den Müttern ist ohne Diskriminierung Wahlfreiheit zu gewähren: Vollbeschäftigung, Teilzeitbeschäftigung oder Vollbeschäftigung in der Familie und Dasein für die eigenen Kinder.

Die AfD in Niedersachsen wird jede Möglichkeit nutzen, um neue Arbeitsplätze in den ländlichen Regionen zu schaffen. Deshalb sind das Handwerk, der Handel, Dienstleistungsunternehmen und kleinere mittelständische Unternehmen

besonders zu fördern. Bei dieser Förderung ist zu beachten, dass auch Teilzeit-Arbeitsplätze angeboten werden können. Wenn interessierte Investoren vorhanden sind, muss die Kommunalverwaltung schnell und unbürokratisch handeln können. (Beispiele: Ausweisung neuer Gewerbeflächen und Gewährung von Finanzmitteln für eine effiziente Förderung).

Wirtschaftsfaktor Tourismus: Niedersachsen ist ein beliebtes Urlaubs – und Reiseland, die AfD will die touristische Infrastruktur im Lande fördern und ausbauen. Das schafft Arbeitsplätze und stärkt die Wirtschaftskraft unseres Landes. Dabei sind lokalen Zentren der Naherholung besonders zu berücksichtigen.

Die AfD Niedersachsen wird die soziale Daseinsvorsorge zeitgemäß und den Bedürfnissen der Menschen entsprechend weiter entwickeln und verbessern. Wir werden die ausreichende ärztliche Versorgung auf dem Lande nicht aus dem Blick verlieren. Bei Bedarf werden Landärzte durch das Land bzw. die Kommunen besonders zu fördern sein. Frischwasser, Abwasser und die Abfallentsorgung müssen in der Zuständigkeit der Kommunalparlamente bleiben. Soweit diese Versorger/Entsorger - Aufgaben an freie Unternehmen vergeben sind, muss der öffentlichen Hand ein Vetorecht zur Rückübertragung gesetzlich eingeräumt werden. Viele Ortsverbindungsstraßen, Gemeindestraßen, aber auch die öffentlichen Gebäude (Schulen, Rathäuser, Turnhallen) bedürfen einer Grundsanierung. Deshalb fordert die AfD Niedersachsen, dass der Solidarbeitrag zukünftig auch den Ländern der Bundesrepublik gewährt wird. Vorbeugender Katastrophenschutz fällt in die Zuständigkeit der Kommunen. Daraus ergibt sich eine besondere Verantwortung für die Förderung der Freiwilligen Feuerwehren und des technischen Hilfswerkes. Die AfD in Niedersachsen steht für den Erhalt der Daseinsvorsorge als Kernbestand des Selbstverwaltungsrechts der Kommunen.

Sicherheit für unsere Bürger: Die Menschen in Niedersachsen müssen vor Gewalt und Kriminalität geschützt werden. Deshalb fordert die AfD die Personalausstattung der Polizei-Dienstposten vor Ort zu verbessern. Wir befürworten eine enge Zusammenarbeit zwischen den Polizeibehörden und den kommunalen Ordnungsdiensten. Videoüberwachungen sind an Brennpunkten des sozialen Miteinanders, insbesondere auf allen S- und U-Bahnhöfen, sinnvoll.

Kommunale Selbstverwaltung ist für die AfD Niedersachsens kein Selbstzweck. Bürgerinnen und Bürger sollen mehr Verantwortung für die Gestaltung und zukunftsorientierte Weiterentwicklung ihrer Kommunen übernehmen. Diese Übernahme von Verantwortung erfordert das Bewusstsein für eine dienende Funktion als Handelnder auf der kommunal-politischen Ebene. Ein derartiges Verständnis ist unsere Leitlinie bei der Arbeit in den Kommunalparlamenten. Jeder Bürger wird aber auch in die Pflicht genommen, für Sicherheit und Ordnung in seinem Umfeld zu sorgen.

Wir fordern, bestehende und geplante Vorhaben der Kommune und der Region hinsichtlich ihrer Erfüllungskosten für Bürger, Unternehmen und Verwaltungen zu überprüfen.

Wir wollen, dass die Ziele eines offenen Verwaltungshandelns mit einer hohen Kosteneffizienz sowie einer generationen-gerechten Finanzpolitik in allen Gebietskörperschaften der Region Hannover verwirklicht werden. Steuergeld-verschwendung muss ebenso wie Steuerhinterziehung auch bei allen Volksvertretungen, konsequent strafrechtlich geahndet werden.

Verwaltungsdienstleistungen sollen einfacher ausgeführt werden und mit Hilfe moderner, leistungsfähiger und wirtschaftlicher Informationstechnologie angeboten werden.

Wir fordern in den öffentlichen Verwaltungen eine umfassende Modernisierung der Personalwirtschaft, welche objektive

Kriterien bei Stellenbesetzungen fördert, die Karriereplanung der Bediensteten verbessert, eine zeitgemäße und fachspezifische Weiterbildung ermöglicht, derzeit steile hierarchische Organisationsstrukturen deutlich abflacht und sogenannte „Whistleblower“ gemäß den Regeln der Antikorruptionsorganisation „Transparency International“ schützt.

Wir setzen uns dafür ein, dass Stadt und Region Hannover grundsätzlich auf eine private Vorfinanzierung von Infrastrukturmaßnahmen durch PPP-Modelle („public private partnership“) verzichtet. Mit PPP-Modellen werden finanzielle Lasten in die Zukunft verschoben. Sie sind daher als eine Art des versteckten Schuldenmachens zu sehen, wodurch zukünftige Handlungsspielräume eingeschränkt werden. Zudem ist der Einfluss der öffentlichen Hand auf die Leistungsinhalte nach Vertragsabschluss wesentlich geringer, als wenn die öffentliche Hand die Maßnahmen selbst durchführt. Nicht zuletzt spricht gegen PPP-Modelle, dass dabei der Gewinn der privaten Partner von der Allgemeinheit mitfinanziert werden muss.

Die notwendigen Eigenmittel zur Ko-Finanzierung von Landes-, Bundes- und EU-Programmen sind zu sichern. Priorität genießen außerdem die Bereiche öffentliche Sicherheit, Schul- und Ausbildung sowie Umsetzung von Erkenntnissen zur Erzeugung innovativer Produkte der heimischen Wirtschaft.

Die Asylpolitik der Bundesregierung ist rechtswidrig und wird gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit durchgesetzt.

Die politisch nicht legitimierte Zuwanderung und Zersiedelung gewachsener Hannoverscher Wohnquartiere durch überwiegend arabisch-stämmige Muslime lehnen wir ab und werden wir rückgängig machen.

Die AfD Hannover sieht darin eine schwere Beeinträchtigung des zivilgesellschaftlichen Miteinanders, der Rechte von

Frauen, Homosexuellen und der Lebensweise anderer nicht-islamkonformer gesellschaftlicher Gruppen.

Das Frauenbild im orthodoxen Islam ist mit der deutschen Zivilgesellschaft nicht vereinbar. Burkas und Vollverschleierungen sind frauenfeindlich und reduzieren diese zum Besitzobjekt überlebter mittelalterlicher Familienstrukturen.
Wir fordern das Verschleierungsverbot in Deutschland.

Der geplante Familiennachzug von meist mehreren Familienmitgliedern muss zugunsten der Schaffung von sicheren, d.h. durch das UN Flüchtlingshilfswerk betreuten Unterkünften in Heimatnähe unterbunden werden.

Zwingend erforderlich ist die Aufstockung der Stellen bei Polizei, Kinderbetreuung, Schulen und im Gesundheitswesen.

1.2 Stärkung der direkten Demokratie

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland bestimmt, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Dieser Anspruch wird nicht ausreichend damit erfüllt, dass Wähler alle 4 oder 5 Jahre ein Kreuz machen, sonst aber kaum Möglichkeiten haben, auf politische Entwicklungen und Entscheidungen auch auf kommunaler Ebene direkten Einfluss zu nehmen. Immer mehr Bürger resignieren, ziehen sich auf die Position „Die da oben machen ja doch was sie wollen“ zurück. Dagegen hilft nur mehr direkte 'Demokratie wagen'.

Um die Beteiligung der Bürger an Entscheidungen zu verbessern, ist direkte Demokratie auch auf Kommunalebene zu fördern und zu erweitern. Die Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind in Niedersachsen viel zu hoch, so dass diese Elemente im bundesweiten Vergleich so gut wie nicht genutzt werden. Quoren sind nach bayerischem Vorbild

abzuschaffen. Unser Ziel ist es, Stadt und Region Hannover zu Vorbildern der direkten Demokratie zu machen.

Wir sehen einen besonderen Schwerpunkt darin, für alle Bereiche der Kommunal-, Landes- und letztlich auch der Bundespolitik Instrumente der direkten Demokratie deutlich zu verbessern oder neu zu schaffen.

Dazu wird sich die AfD Hannover auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass (unter anderem nach dem Vorbild der Schweiz):

- Bürgerinitiativen für Handlungsvorschläge aus der Mitte des Volkes
- Bürgerbegehren zur Überprüfung von Gesetzen und Verordnungen, die von Parlamenten verabschiedet werden sollen
- Bürgerentscheide zur Korrektur bestehender Gesetze und Verordnungen
- Volksentscheide vor allen wichtigen Grundgesetz-änderungen oder vor Abgabe nationaler Kompetenzen an die EU

möglich werden. Das ideologisch und machtpolitisch bedingte Misstrauen der politischen und gesellschaftlichen Eliten gegen die eigene Bevölkerung wird damit beendet.

Wir fordern, die kommunale Legislaturperiode der Räte und Parlamente von derzeit 5 auf 4 Jahre zu verkürzen. Damit bezwecken wir, dass die Bürger als Souverän häufiger über die Besetzung der Kommunalparlamente bestimmen und somit einen stärkeren Einfluss auf die Verwaltung nehmen können.

1.3 Handlungsschwerpunkt Transparenz

Der Handlungsschwerpunkt Transparenz umfasst die Beurteilung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung, die Umsetzung des Bürgerwillens aber auch die Stimulierung des Binnenmarktes. Ein transparentes Regierungs- und Verwaltungshandeln hilft, Misstrauen abzubauen und Vertrauen in Politik und Verwaltung zu stärken.

Die AfD fordert eine Veröffentlichung von Daten und Informationen aus Politik und Verwaltung (Haushaltsdaten einschließlich der Sach- und Personalausgaben) zur freien Nutzung soweit dies unter der Wahrung von Persönlichkeitsrechten zulässig ist. Die Daten sollen auf Webseiten oder über internetbasierte Datenschnittstellen nach Berliner oder Hamburger Vorbild verfügbar gemacht werden, wobei interoperablen, offenen Lizenzmodellen der Vorzug zu geben ist. Nichtveröffentlichung von Daten oder Informationen soll auf Datensatzebene begründet werden müssen.

Die AfD fordert auch die freie Veröffentlichung von Forschungsdaten und -ergebnissen.

Die AfD Hannover wird sich auf der Bundesebene für die Abschaffung der GEZ-Zwangsgebühren einsetzen. Wir wollen den Einfluss der Politik auf den öffentlichen Rundfunk reduzieren und setzen uns für einen Rundfunk ein, der ausschließlich der Öffentlichkeit verpflichtet ist. Einen Rundfunk als Sprachrohr der etablierten Parteien - wie wir ihn insbesondere im Zusammenhang mit der aktuellen Asylproblematik erlebt haben - lehnen wir ab.

Ähnliches gilt für Printmedien in (teilweiser) Parteienhand. Wir erfahren dies häufig z. B. durch den Madsack-Verlag mit über 20 % SPD-Anteil. Nur eine strikte Trennung kann die vierte Gewalt wirklich unabhängig machen.

1.4 Handlungsschwerpunkt Partizipation

Durch Transparenz im staatlichen Handeln werden Potentiale für eine politische, gesellschaftliche und soziale Gemeinschaftsarbeit freigesetzt. Wir fordern, dass Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft dialogorientiert in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Der Dialog mit Politik und Verwaltung, wie etwa Volkspetitionen, Volksbegehren oder Volksabstimmungen muss zukünftig mit Hilfe moderner und manipulationssicherer Medien vereinfacht werden.

Die Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TISA sind vorläufig zu beenden, es sind alle bisherigen Verhandlungsergebnisse zu veröffentlichen. Die Entscheidung über eine mögliche Weiterführung der Verhandlungen ist einer Volksabstimmung zu unterwerfen.

Wir fordern den Ausbau von offenen und sicheren Zugangskanälen zu Verwaltungsdienstleistungen unter Berücksichtigung aktueller Technologien, insbesondere des Internets. Um den hohen Sicherheitsanforderungen in den Verwaltungen gerecht zu werden, setzt sich die AfD dafür ein, bei der Beschaffung von IT-Technologie vorrangig auf offene Lizenzmodelle zu setzen.

Mit Hilfe eines elektronischen Bürgerkontos soll zukünftig jeder Bürger der Region Hannover in der Lage sein, mit dem Dienstleistungsportfolio der Behörden zeitunabhängig in virtuellen Räumen zu interagieren. Im Vorfeld konkreter Rechtssetzungsvorhaben können so die Bürger in die politische Willensbildung mit einbezogen werden.

1.5 Handlungsschwerpunkt Subsidiarität

Sowohl die europäische Einigung, als auch die Reichweite des Staates im Innern auf allen Ebenen, insbesondere gegenüber dem Bürger, ist nach dem Prinzip der Subsidiarität zu gestalten. Dieses besagt, dass übergeordnete gesellschaftliche bzw. staatliche Einheiten nur solche Aufgaben übernehmen sollen, zu deren Wahrnehmung untergeordnete Einheiten nicht in der Lage sind. Es dient der Freiheit, der Verantwortlichkeit und der Wirtschaftlichkeit gleichermaßen.

Jede Aufgabe, jedes Problem wird auf der niedrigsten möglichen Ebene gelöst. Gemischte Zuständigkeiten sind abzuschaffen.

Hierauf aufbauend ist das Steuersystem anzupassen. Damit soll es möglich werden, dass die Bürger einer Gebietskörperschaft über den Umfang einer Aufgabe (wie z.B. die Anzahl der Kindergartenplätze) wie auch die damit einhergehenden Steuerzahlungen entscheiden können.

2. Familien- und Wohnungspolitik

2.1 Familie stärken

Die Familie ist gemäß Art. 6 des Grundgesetzes und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte die natürliche Grundeinheit der Gesellschaft, um die sich alle weiteren Gesellschaftsbereiche entwickeln. Daher muss eine gestaltende Politik ihr Zentrum in der Familienpolitik finden. Diese muss stets primär die traditionelle Familie im Fokus haben und darf nicht über die Wirtschafts- und Gleichstellungspolitik definiert werden.

Allen Versuchen, den ursprünglichen Begriff „Familie“ auf weitere Gemeinschaften auszudehnen und so den grundsätzlich garantierten Schutz der Familie zu relativieren, treten wir entschieden entgegen.

Die Familie ist als Keimzelle der menschlichen Gesellschaft auf die Weitergabe von Leben ausgerichtet und schafft Zusammenhalt, der durch die Eltern und Großeltern möglichst an einem Ort vermittelt wird. Familie wird in besonderem Maße der Natur des Menschen gerecht, da der Mensch zur Gemeinschaft bestimmt und auf Liebe, Fürsorge, Erziehung und Pflege angewiesen ist.

In Anbetracht der geringen Geburtenzahlen kann die bisherige Familienpolitik nur als gescheitert bezeichnet werden. Wir möchten junge Menschen wieder ermutigen, Familien zu gründen. Hierzu sind eine familienfreundlichere Politik und eine Besserung des dahingehenden gesellschaftlichen Klimas Voraussetzung. Neben der Bundes- und Landespolitik ist hier besonders die Kommune gefordert, also die Stadt und die Region Hannover.

Familien stärken bedeutet, unsere Gesellschaft zu stärken! Das will die AfD Hannover!

2.1.1 Auswirkungen auf Familien prüfen

Wir fordern, dass zukünftig sämtliches Handeln der Kommune und auch des Landes bzw. Bundes (Gesetze, Verordnungen, Verwaltungsakte etc.) auf Auswirkungen und Verträglichkeit gegenüber Familien überprüft wird und bei der Umsetzung entsprechend Berücksichtigung findet.

2.1.2 Freistellung von Kita-Gebühren

Für Kinder ist es wichtig, im Kontakt mit anderen Kindern aufzuwachsen. Kindergärten und Kindertagesstätten unterstützen und fördern das Erlernen sozialen Verhaltens. Zudem führen sie Kinder spielend aber zielgerichtet an die Schule heran. Für viele Kinder eröffnen Kindergärten / Kindertagesstätten Bildungschancen, die sich sonst nicht ergeben würden. Daher fordert die AfD: der Besuch von Kindereinrichtungen in Stadt und Region Hannover soll für alle kostenlos sein.

2.1.3 Wahlfreiheit der Kinderbbetreuung / Kindergeld

Wir setzen uns dafür ein, dass Eltern frei zwischen einer Kinderbetreuung im Elternhaus oder in der Kindertagesstätte wählen können. Nur diese Wahlfreiheit garantiert, dass jede Familie die für sie optimale Betreuungsform findet. In jedem Fall ist eine angemessene Qualität der Kinderbetreuung sicherzustellen. Dafür sind in Kindertagesstätten entsprechend niedrige Betreuungsschlüssel erforderlich, die eine dem Kindeswohl angemessene intensive Betreuung und frühkindliche Bildung ermöglichen.

Der Betreuungsschlüssel für die unter Dreijährigen in den Kindertagesstätten soll auf 1:3 gesenkt werden. Hierzu ist ausreichend qualifiziertes Fachpersonal notwendig. Die AfD Hannover fordert daher, die Ausbildungsstandards im sozialpädagogischen Bereich wieder deutlich zu erhöhen. Neben den höheren Ausbildungsstandards sollte bereits in der Ausbildungszeit ein Entgelt gezahlt werden. Denn

Grundsätzlich ist es ein Skandal, dass Erzieher ihre Ausbildung selbst bezahlen müssen.

Das Kindergeld ist hauptsächlich eine Rückerstattung für Ausgaben, die das Kind verursacht hat. Wir sehen es als notwendig an, hier nachzubessern, um Familien zu unterstützen. Wir fordern eine deutliche Erhöhung des Kindergeldes für die ersten drei Lebensjahre. Da die Bundesregierung für das Kindergeld zuständig ist, hier aber nicht handelt, muss die Kommune reagieren und ein zusätzliches Kindergeld z. B. für berufstätige Eltern auszahlen.

2.1.4 Erleichterung früher Familiengründung

„Studium mit Kind“ und „Ausbildung mit Kind“: Die AfD Hannover setzt sich dafür ein, dass die Familiengründung während Studium und Ausbildung stärker gefördert wird. Wer bereits den Fachhochschul- oder Hochschulabschluss mit Kind meistert, wird auch den Übergang in den beruflichen Alltag einfacher bewältigen.

Zur Realisierung des Modells „Studium/Ausbildung mit Kind“ wird die AfD sich für Hilfen und Beratung während Studium und Ausbildung (Kredit, Wohnung, Kinderbetreuung, Kinderzuschuss beim BAföG) in den Hochschulen sowie für eine flexiblere Ausgestaltung des Studien- und Ausbildungsverlaufs und verbesserte Möglichkeiten eines Fernstudiums einsetzen.

Wir fordern eine Willkommenskultur für den Nachwuchs der einheimischen bzw. hier schon lebenden integrierten Bevölkerung!

2.1.5 FAMILIENFREUNDLICHE GESTALTUNG DES ARBEITSALLTAGES

Die AfD Hannover setzt sich für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Generell müssen die Arbeitsbedingungen familienfreundlicher werden. Dazu müssen insbesondere auch in ländlichen Regionen und Dörfern Arbeitsplätze geschaffen werden. Weiterhin wollen wir uns einsetzen für: Flexiblere Kindergarten-Öffnungszeiten, die Förderung kleiner privater Kindergärten (Tagesmutter-Konzept) sowie Mehrgenerationen-projekte, um jungen Familien die Kinderbetreuung zu erleichtern und älteren Menschen eine sinnvolle und erfüllende Tätigkeit zu ermöglichen.

2.1.6 UNTERSTÜTZUNG ALLEINERZIEHENDER

17 Prozent der 12,9 Millionen Kinder unter 18 Jahren leben in Alleinerziehenden-Haushalten.

In 9 von 10 Fällen ist der alleinerziehende Elternteil die Mutter. Annähernd 40 Prozent dieser Haushalte sind auf staatlichen Grundsicherheitsleistungen (SGB II) angewiesen. Das sind (Stand 2012) 625.000 Bedarfsgemeinschaften von Alleinerziehenden. Die AfD Hannover fordert besondere Anstrengungen bei der Betreuungsoptimierung etwa im Bereich der Krippenbetreuung und Hilfen bei der Integration in flexible Arbeitsverhältnisse.

2.1.7 LEHRMITTELFREIHEIT UND FREIES SCHULESSEN

Viele Kinder in Niedersachsen leben in Armut oder sind von Armut bedroht. Hier sind die Kosten für Lehrmittel und ein Essen in der Schule für die Familien oft nicht aufzubringen.

Die AfD fordert die Wiedereinführung der Lehrmittelfreiheit und freies Schulessen für alle Kinder. Dies soll auch für Kinder gelten, die nicht für Ganztagsangebote angemeldet sind.

Beide Punkte sind aber wichtige Voraussetzung für einen erfolgreichen Schulbesuch und sorgen für eine direkte finanzielle Entlastung von Familien.

2.1.8 FAMILIENUNTERSTÜTZENDE DIENSTLEISTUNGEN

Berufstätige Eltern gewinnen durch familienunterstützende, haushaltsnahe Dienstleistungen Zeit, um Familie und Beruf besser vereinbaren zu können. Viele Menschen, die bereit und imstande wären, derartige Tätigkeiten als Selbständige zu übernehmen, scheuen aber den damit verbundenen bürokratischen Aufwand und das rechtliche Risiko. Die AfD will daher Projekte entwickeln und unterstützen, die es Menschen spürbar erleichtern, entsprechende Dienstleistungen anzubieten.

Dies kann in Zusammenarbeit mit den Jobcentern durch gemeinnützige Arbeitsinitiativen oder Arbeitsgenossenschaften erfolgen. Diese könnten Menschen, die haushaltsnahe Dienstleistungen erbringen wollen, anstellen und für sie die damit verbundenen arbeits-, sozial- und steuerrechtlichen Verwaltungsaufgaben erledigen.

2.1.9 Gegen Früh- und Hypersexualisierung

Sexualkundeunterricht muss mit der körperlichen und seelischen Entwicklung von Kindern Schritt halten. Sie darf nicht zu früh ansetzen, sondern gehört in die Zeit der Pubertät.

Das gesellschaftspolitische Experiment der Gender-Ideologie lehnen wir strikt ab, da es unserer Wertevorstellung entgegensteht.

2.1.10 Erlebnis- und Kreativraum für Jugendliche

Jugendlichen fehlen – gerade in der Region Hannover - vielfach Angebote für eine aktive Freizeitgestaltung zur Fortentwicklung der eigenen Fähigkeiten. Um sie in der Region zu halten und den Drang in die Ballungszentren zu stoppen, gilt es, den ländlichen Raum zu einem für Jugendliche attraktiven Erlebnis- und Kreativraum zu machen.

Wir wollen durch spezielle Angebote über Internet, Soziale Medien und öffentliche Aushänge Jugendlichen das bereits vorhandene Angebot an Fortbildungs- und Freizeitangeboten zugänglicher machen und eine Vernetzung der Heranwachsenden in der Region erleichtern, mehr Treffpunkte im ländlichen Raum schaffen, die Mobilität von Jugendlichen ohne eigenes Einkommen durch ein kostenloses Freizeitticket für den öffentlichen Personennahverkehr fördern sowie Konzepte entwickeln, wie räumlich mobile Kursangebote für Fortbildung und Freizeit geschaffen werden können.

2.2. FAMILIENPOLITIK

Die AfD Hannover wird sich auf Bundesebene für die folgenden familienpolitischen Themen einsetzen:

2.2.1 KEIN KINDERGELD FÜR IM AUSLAND LEBENDE KINDER

Nach geltender Rechtslage können EU-Bürger, die in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, für ihre nicht in Deutschland lebenden Kinder Kindergeld beantragen. Mit dieser Regelung wurde vor allem nach dem EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien Missbrauch getrieben. Wir wollen uns deshalb dafür einsetzen, dass Kindergeld nur noch für in Deutschland lebende Kinder gezahlt wird. Außerdem soll der Kindergeldbezug bei Kindern im schulfähigen Alter an den Schulbesuch gebunden sein.

2.2.2 STEUERLICHE GLEICHBERECHTIGUNG VON FAMILIEN

Wir treten dafür ein, dass das Familieneinkommen steuerlich auf alle Familienmitglieder aufgeteilt und entsprechend versteuert wird. Dieses Steuermodell schafft einen weiteren Anreiz zur Familiengründung. Familien mit 2 bis 3 Kindern, bei denen die Eltern einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nachgehen, müssen mindestens finanziell so gut gestellt werden, wie ein Ehepaar ohne Kinder. Dies gilt auch nach Abzug aller wirklichen Kosten für die Kinder. Ein guter Vorschlag ist es, dies über entsprechende Steuerfreibeträge zu realisieren. Wir werden uns für eine entsprechende Gesetzesinitiative bei der Landesregierung über den Bundesrat einsetzen. Das Ehegattensplitting als Besteuerung einer Erwerbs- und Wirtschaftsgemeinschaft soll nicht angetastet werden.

2.2.3 TATSÄCHLICHE BEITRAGSFREIHEIT FÜR KINDER

Mit den Beiträgen zur Sozialversicherung wird bislang das gesamte Bruttoeinkommen der Familie ohne jegliche Freibeträge belastet. Darin sind auch die Unterhaltsansprüche der Kinder enthalten. Wir treten dafür ein, dass diese Unterhaltsansprüche vom Bruttoeinkommen abgezogen und die Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern auf das entsprechend verminderte Einkommen bezahlt werden müssen. Dies erleichtert allen Sozialversicherungspflichtigen die Familiengründung und gibt den Arbeitgebern einen Anreiz, Eltern zu beschäftigen.

2.2.4 EHE U. EINGETRAGENE LEBENSPARTNERSCHAFT

Das Institut der eingetragenen Lebenspartnerschaft wurde geschaffen, damit auch gleichgeschlechtliche Paare eine eheähnliche Gemeinschaft eingehen und ihrem Verhältnis eine Rechtsform geben können.

Die eingetragene Lebenspartnerschaft ist jedoch etwas anderes als die Ehe von Mann und Frau, aus der Kinder hervorgehen können und die unter dem besonderen Schutz des Staates steht. Eine vollumfängliche rechtliche Gleichstellung der Ehe mit der eingetragenen Lebenspartnerschaft, die sog. „Homo-Ehe“, lehnen wir deshalb strikt ab. Dies gilt insbesondere für das Adoptionsrecht.

2.3 WOHNUNGS- UND STADTTEILPOLITIK

Wir fordern eine Wohnungs- und Stadtteilpolitik für alle Bürger.

Während Bürgermeister Schostok in Anbetracht des aktuellen Asylchaos Hannover zur "Einwanderungsstadt" für orthodoxe Muslime machen möchte, steht schon heute für große Bevölkerungskreise kein bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung. So werden derzeit so gut wie keine Wohnungen mit Quadratmeterpreisen von 5,40 Euro gebaut, die auch von Geringverdiener-Haushalten getragen werden könnten.

Unter anderem in Mühlenberg, Vahrenheide, Linden-Süd und Hainholz leben mehr als 38 Prozent der Familien vom Hartz-IV-Satz, 40 Prozent der Haushalte haben monatlich weniger als 2.000 Euro zur Verfügung. In Mühlenberg sind es sogar 56 Prozent. Mehr als ein Drittel aller Familien in jenen Stadtteilen hat einen Migrationshintergrund.

- **Jedes dritte bis vierte Kind lebt in Hannover in Armut.**

Es ist absehbar, dass die "Einwanderer" (Asylbewerber) des Bürgermeisters Schostok bevorzugt in diese sozial benachteiligten Stadtteile drängen werden, die schon jetzt zu großen Teilen von nicht geglückter Migration geprägt sind. Damit sind weitere Parallelgesellschaften bis hin zur organisierten Kriminalität, religiös getönte Ghettobildung und Verdrängungsstrategien gegen die deutschstämmigen und zugewanderten integrierten Stadtteilbewohner vorprogrammiert. Damit verschlechtert sich das städtische Zusammenleben insgesamt in nicht akzeptabler Weise.

Die Aufnahmefähigkeit von Hannover für Asylbewerber ist nicht unbegrenzt, wir brauchen eine Obergrenze für die Stadtteile und die Stadt. Anstatt wie bisher alle Zuweisungen von Asylbewerbern durch das Land ohne Berücksichtigung der Interessen der Bevölkerung Hannovers zu akzeptieren, sollte

die Hannoversche Politik im Dialog mit den Bürgern festlegen, wie viele Asylbewerber in welchen Stadtteilen aufgenommen werden können, so dass es nicht zu sozialen Verwerfungen kommt.

Nur so kann verhindert werden, dass mittelfristig unabsehbare soziale und kulturelle Probleme in einzelnen Stadtteilen entstehen. Wir sprechen uns dafür aus, dass stets die soziale Balance der Stadtteile im Auge behalten wird. Anwohner sollen ein Mitspracherecht erhalten, wenn die Stadtverwaltung in ihrer Umgebung ein Asylbewerberheim einrichten möchte. Was bei Infrastrukturvorhaben zu Recht üblich ist, nämlich die Beteiligung der Bürger, sollte auch bei der Einrichtung von Asylbewerberheimen gelten.

Die AfD Hannover fordert:

- Eine Stadtteilpolitik, die die Interessen der dort bereits ansässigen einheimischen Bevölkerung in den Vordergrund stellt, auch hinsichtlich der Förderung des sozialen Wohnungsbaus.
- Die Beibehaltung der Wohnheim-Unterbringung der Asylbewerber bis zum Abschluss der zu beschleunigenden Asylverfahren.
- Eine gesteuerte Eingliederung von Migranten in Hannoversche Stadtteile nach Maßgabe sozialer Aufnahmekriterien.
- Die Beendigung der politisch nicht legitimierten Zersiedelung gewachsener Wohnquartiere durch Asylbewerberunterkünfte.
- Die Stärkung polizeilicher Präsenz in benachteiligten Stadtteilen auch an den Stadtteilschulen
- Stadt und Region Hannover tragen dafür Sorge, dass abgelehnte Asylbewerber zügig und konsequent abgeschoben werden, damit Wohnraum frei wird.

- Bereitstellung städtischer Grundstücke für bezahlbaren Wohnraum insbesondere für Familien und Senioren.
- Keine enteignungsgleichen Eingriffe der öffentlichen Hand gegenüber den Wohnungs- und Hauseigentümern, um Ihnen das Nutzungsrecht zu entziehen und es dann den Migranten und Asylbewerbern zur Verfügung zu stellen.
- Kein neues Berlin-Neukölln oder Duisburg-Marxloh in Hannoverschen Stadtteilen!

2.4 SENIOREN

Obgleich die materielle Situation eines großen Teils der Senioren auch in Hannover überwiegend gut ist, viele ältere Menschen aktiv und selbstbestimmt ins soziale Miteinander eingebunden sind, zeichnen sich vielfach gravierende Fehlentwicklungen ab. Wenn Menschen in Pflegesituationen geraten, sind sie einem frühkapitalistischen Wettbewerbsmarkt ausgeliefert.

Die AfD fordert:

- Ausweitung von Maßnahmen, mit denen die Sicherheit gerade älterer Menschen im öffentlichen Raum und im ÖPNV erhöht wird
- Stärkung von Maßnahmen zur Förderung der Selbstbestimmung und Teilnahme von Senioren am kommunalen Leben etwa durch Ausbau von Senioren-Wohngemeinschaften, Mehrgenerationenhäusern, Förderung der Ehrenamtlichkeit
- Schaffung von finanzierbarem und bedarfsgerechtem Wohnraum für Senioren mit kleinen Renten

- Schaffung einer kommunal finanzierten, institutionalisierten Pflegeüberleitung vom Krankenhaus in (vorübergehende) Pflege, bzw. ins ambulante Umfeld ('Konzept Pflegeüberleitung München'), z.B. bei den bislang weitgehend brach liegenden Pflegestützpunkten oder beim Seniorenbeirat Hannover
- Keine zusätzlichen Pflegeheime, sondern eine kommunale Bedarfsplanung, da bereits jetzt in einem preisorientierten Wettbewerbsmarkt Überkapazitäten bestehen, die zulasten der Bewohner und Pflegekräfte gehen
- Weg mit der Pflegekammer Niedersachsen, da sie überflüssige Bürokratie und Kosten verursacht!

3. Bildung

3.1 Die Vorzüge unseres Bildungssystems erhalten!

Bildung ist unser höchstes Gut. In ihr spiegelt sich unsere Kultur, sie gibt uns Identität und ist die Quelle unseres wirtschaftlichen Erfolgs wie auch des Ansehens, das unsere Wirtschaft Wissenschaft in der Welt genießt. Darauf können wir stolz sein, dürfen uns auf dem Erreichten aber nicht ausruhen, denn unser Bildungssystem ist akut bedroht.

Das Leistungsniveau sinkt schon seit Jahrzehnten auf allen Ebenen, ideologische Experimente zehren an der Substanz, und im Namen der Internationalisierung wird unser einst von Freiheit geprägtes Bildungswesen in ein bürokratisches Korsett gezwungen. Hinzu kommt, dass sich föderale Strukturen gegenseitig blockieren. Bildung ist Sache der Länder, die Kindergärten sind Sache der Kommunen.

Durch fehlende klare und einfache Kriterien bei der Leistungsbewertung spielen das Ansehen und der Geldbeutel der Eltern für den Bildungserfolg oft eine größere Rolle als die Begabung des Kindes.

Unsere Bildungspolitik will all diesen Missständen durch einen Kraftakt abhelfen und dem deutschen Bildungswesen wieder zu alter Stärke verhelfen. Wir bekennen uns zum Leistungsprinzip, zum Humboldt´schen Bildungsideal und zum unverwechselbaren Charakter unseres Bildungssystems. Es darf nicht nur Fakten- und technisches Wissen vermitteln, es muss auch eine Förderung der sozialen Kompetenz erfolgen, es muss auch Sinn stiften, zu Tugenden wie Fleiß und Disziplin erziehen und dafür sorgen, dass junge Menschen wieder bereit sind, hart an sich zu arbeiten.

- Chancengleichheit, wie wir sie verstehen, heißt nicht, dass möglichst viele mit möglichst hohen Bildungsabschlüssen auszustatten sind; Chancengleichheit

heißt, dass jeder, der über die notwendige Begabung verfügt, die gleiche Chance hat, einen Bildungsabschluss zu erwerben. Chancengleichheit bedeutet auch, dass wir bundesweit zum dreigliedrigen Schulsystem mit einer starken Hauptschule zurückkehren müssen und die Abschlussprüfungen bundesweit einheitlich sind, sodass die schon seit Jahren andauernde Ungerechtigkeit, dass etwa ein Bremer Abiturient mit seinem Wissen ca. 3 Jahre hinter einem bayerischen zurückliegt, endlich aufhört.

- Leistungsorientierung und Differenzierung sind wichtige Bestandteile eines schulischen Bildungswesens. Gymnasien, Real-, Haupt- und Förderschulen sind insgesamt bewährte Bestandteile des gegliederten Schulsystems mit hoher Wertschätzung. Die AfD fordert den Erhalt des gegliederten Schulsystems und unterstützt einen sinnvollen Ausbau des Grundschulangebotes durch Förderunterricht, Hausaufgabenbetreuung, Arbeitsgemeinschaften und Sportförderung.
- Die AfD Hannover begrüßt die Rückkehr zum Abitur nach 13 Schuljahren als Gestaltungschance für unsere Gymnasien. Die von der rot-grünen Landesregierung in diesem Zusammenhang derzeit betriebene Absenkung der Qualitätsniveaus lehnen wir ab (nur noch eine Klausur pro Fach pro Halbjahr u.a.).
- Das Beherrschen der deutschen Sprache ist zentrale Voraussetzung für die erfolgreiche Integration in das Schul- und Bildungssystem. Die AfD fordert daher, dass schulpflichtige Kinder mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen verpflichtend zum Erwerb der deutschen Sprache geschult werden, um deren Integration zu erleichtern und den Lernerfolg möglichst aller Schüler zu ermöglichen. Wir fordern auch den Erhalt der Schreibschrift und damit einen moderaten

Umgang mit digitalen Medien im Lernprozess (Powerpoint-Präsentationen u.a.)

- Wir fordern die konsequente Förderung und Talentsuche für Schüler, sowie die Förderung und Ausbildung entsprechender Lehrer.

Wir brauchen nicht generell mehr Hochschulabsolventen. Was wir brauchen, ist eine bessere, zielgenauere und stärker am tatsächlichen Bedarf wie auch den individuellen Begabungsvoraussetzungen orientierte Vorbereitung junger Menschen auf ihren Beruf.

3.2 In Schulen investieren

Während die Stadt Hannover Millionen Euro für die Unterbringung von Asylbewerbern ausgibt, zerfällt die Bildungsinfrastruktur in Hannover.

Schuldirektoren, Eltern und die Opposition beklagen einen massiven Sanierungsstau an Hannovers Schulen: Einsturzgefährdete Gebäudeteile, uralte Toiletten, zu kleine Räume u.a.m. "Die Stadt lässt ihre Schulen verrotten." (HAZ vom 4.1.2016), wobei alle wissen, dass die Lernumgebung das Lernen maßgeblich mit bestimmt.

Die AfD Hannover fordert:

- Investitionen in die Sanierung der 40 bis 50 Jahre alten Gebäude sind vorrangig durchzuführen.
- Der Ausbau einer Infrastruktur für Asylbewerber muss dahinter zurückstehen.

3.2.1 Gegen Früh- und Hypersexualisierung

Sexualkundeunterricht muss mit der körperlichen und seelischen Entwicklung von Kindern Schritt halten. Sie darf nicht zu früh ansetzen sondern gehört in die Zeit der Pubertät. Das gesellschaftspolitische Experiment der „Gender-Mainstreaming-Ideologie“ lehnen wir an Hannoverschen Kindergärten und Schulen strikt ab, da es unserer Wertevorstellung entgegensteht.

3.2.2 Freie Schulwahl und sichere Schulwege!

Kinder in Stadt und Region Hannover sind derzeit insbesondere im Grundschulbereich an feste Schuleinzugsbezirke gebunden. Lediglich Kinder, die eine Schule in freier Trägerschaft besuchen, sind davon ausgenommen. Wir wollen die Bindung an die Schuleinzugsbezirke von sicheren Schulwegen abhängig machen. Eltern sollen ihre Kinder auf die Schule schicken können, die ihnen insoweit am besten geeignet erscheint.

3.3. Kindergärten und Grundschulen

3.3.1 Mehr Wert auf Kulturtechniken legen!

Die Hauptaufgabe der Grundschule besteht darin, den Kindern die elementaren Fertigkeiten des Lesens, Schreibens und Rechnens zu vermitteln. Wir fordern, darauf wieder mehr Gewicht zu legen und die Grundschullehrpläne entsprechend zu überarbeiten. Mit der Vermittlung dieser Fertigkeiten sollte spielerisch schon im Kindergarten begonnen werden.

3.3.2 Tugenden vermitteln!

Kindergärten und Schulen sind auch eine Sozialisationsinstanz. Neben grundlegenden Kulturtechniken müssen deshalb ebenso

die klassischen Tugenden Geradlinigkeit, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Disziplin, Pünktlichkeit, Ordnungssinn, Fleiß, Leistungsbereitschaft und Pflichtbewusstsein vermittelt werden. Um solche Tugenden zu vermitteln, bedarf es Autorität, weshalb die Stellung des Lehrers / des Erziehers auch und gerade rechtlich zu stärken ist.

Wir fordern verstärkte Kooperationen zwischen Seniorenein-richtungen und Kindergärten, um beiden Seiten zusätzliche Impulse vermitteln zu können.

3.3.3 Positive Bezüge zu Deutschland fördern!

Das Bildungssystem soll nicht nur für die fachliche Qualifikation der Kinder bzw. Schüler sorgen, sondern auch Staatsbürger heranbilden. Dazu gehören ein grundsätzlich positiver Bezug zum eigenen Land und eine gefestigte Nationalidentität. Was bspw. in Frankreich Normalität darstellt, kann in Deutschland nicht rechtsextrem sein. Zu diesem Zweck müssen die Lehrpläne überarbeitet werden. Die deutsche Geschichte und die Geschichte Hannovers bieten genügend An-knüpfungspunkte, auf die wir uns mit Stolz berufen können.

Die Indoktrination von muslimisch-stämmigen Kindern in sogenannten Koranschulen lehnen wir ab. Oft genug sind hier von der türkischen Religionsbehörde bezahlte Imame tätig, die Kindern ein Weltbild vermitteln, das mit der deutschen Zivilgesellschaft nichts gemein hat und sich daher gegen das deutsche Gemeinwesen richtet. Diese „Lehrer“ sind nach dem Beispiel des Nachbarlandes Österreich auszuweisen.

3.3.4 Sportliche Aktivitäten besonders fördern!

Unsere Jugend leidet in zunehmendem Maß unter Übergewicht und Bewegungsarmut, was eine Reihe von gesundheitlichen

Folgeschäden nach sich zieht. Hier fordern wir die Aufnahme von Ernährungskunde als eigenständiges Fach in den Schulunterricht, sowie regelmäßigen und häufigen Sportunterricht. Sport wirkt den beschriebenen Fehlentwicklungen entgegen, stärkt das Selbstbewusstsein, vermittelt soziale Kompetenzen und fördert auch die geistige Leistungsfähigkeit. Gerade auch für den Zusammenhalt unter Jugendlichen mit unterschiedlichen Wurzeln sind Mannschaftsportarten ideal geeignet, um eine Integration zu ermöglichen. Nichts eint so sehr wie gemeinsame Aufgaben und Ziele!

In Berlin können 65 % der 12 jährigen **nicht** schwimmen. Das hat gerade im letzten Jahr zu einem starken Anstieg der tödlichen Badeunfälle geführt. Es ist unser Ziel, dass jedes Kind spätestens nach Abschluss der 3. Klasse sein Freischwimmer-Abzeichen erworben hat.

3.4 Bildungspolitik

Die AfD Hannover wird sich auf Landesebene für folgende bildungspolitische Themen einsetzen:

3.4.1 Förderschule / Inklusion: Förderschulen erhalten!

Kinder mit Lernschwierigkeiten und sonstigem Förderbedarf benötigen eine besondere Betreuung, um sich optimal entwickeln zu können. Dies ist nur in einer speziellen Fördereinrichtung möglich.

Wollte man Inklusion, also die Unterrichtung von Kindern mit Förderbedarf in einer gewöhnlichen Schule, betreiben, müsste man die Schülerzahlen je Lehrkraft stark senken, die Fachlehrerzahl stark erhöhen und die Weiterbildung von Nichtfachlehrern deutlich ausbauen. Dies ist unter den jetzigen finanziellen Rahmenbedingungen nicht umsetzbar.

Wir treten deshalb für den Erhalt der bewährten Förderschulen ein und lehnen das ideologisch motivierte Großexperiment „Inklusion“ ab.

3.4.2 Duales Berufsbildungssystem beibehalten!

Unser duales Berufsbildungssystem verbindet in einmaliger Weise berufliche Praxis mit theoretischer Schulung und genießt dafür zu Recht hohe internationale Anerkennung. Die duale Ausbildung leistet einen Beitrag zur Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und sorgt für den Bestand an gut ausgebildeten Facharbeitern, Meistern und Technikern, den eine dynamische Volkswirtschaft braucht. Für dieses Duale Berufsbildungssystem wird Deutschland weltweit beneidet!

Wir dürfen diesen Schatz nicht auf dem Altar des EU-Regulierungswahns opfern! Wenn wir uns den niedrigen europäischen Standards anpassen, wäre damit niemandem gedient. Eher sollten sich unsere europäischen Nachbarländer, die an hoher Jugendarbeitslosigkeit leiden, an uns orientieren. Wir fordern deshalb, das duale Berufsbildungssystem auf jeden Fall beizubehalten und weiterzuentwickeln.

3.4.3 Berufsorientierung verbessern!

Die steigenden Abbrecherquoten in der Ausbildung sind unter anderem auf eine unzureichende oder nicht zielgerichtete Information der Interessenten zurückzuführen. Deshalb fordern wir einen deutlichen Ausbau von Berufsorientierungs-maßnahmen, die der dualen Ausbildung vorgeschaltet sind, wie etwa Schnupperpraktika, Betriebsvisiten und individuelle Beratung durch die Arbeitsagentur. Danach können die Jugendlichen viel besser einschätzen, welchen Beruf sie wählen möchten.

4. Gesundheit in Stadt und Region Hannover

4.1 Schaffung einer Gesundheitsregion Hannover

Das deutsche Gesundheitssystem ist das viertteuerste der Welt. Dennoch ist die medizinische Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland gekennzeichnet durch Über-, Fehl- und Unterversorgung (siehe 'Sachverständigengutachten Gesundheitswesen'). Die Systemschwächen, die sich aus nicht vernetzten Versorgungsstrukturen und Vergütungssystemen ergeben, führen dazu, dass es trotz der im internationalen Vergleich extrem hohen Anzahl von niedergelassenen Ärzten, Krankenhäusern (Deutschland verfügt bspw. pro Kopf der Bevölkerung über 3-mal so viele Krankenhäuser wie das benachbarte Holland) usw. sogar zu Versorgungsengpässen kommen kann, so wie dies in der stationären Notfallversorgung in Hannover zuletzt zu beobachten war.

Die AfD Hannover befürwortet daher

- die Gründung und fordert die substantielle Weiterentwicklung eines Gesundheitsnetzwerkes 'Gesundheitsregion Hannover' unter Beteiligung von Patientenvertretungen, Leistungserbringern, Krankenkassen u.a. unter Verwendung der vom Land Niedersachsen dafür zur Verfügung gestellten Mittel. Damit werden regionale Steuerungsmöglichkeiten in der Ballungsregion Hannover im Interesse der Bürger ausgeschöpft.

Folgende Themengebiete :

- Verbesserung der Abstimmung zwischen den Leistungserbringern auch unter Einbeziehung der ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen (patientenbedarfsgerechte Vernetzung),

- die Beibehaltung und Weiterentwicklung einer vielfältigen und bürgernahen Anbieterstruktur auch in den ländlichen Bereichen der Region Hannover,
- Schaffung von Rahmenbedingungen, mit denen qualifiziertes und motiviertes einheimisches Personal regional ausgebildet und gehalten wird. Medizinische Ausbildungsplätze in der Region sind zu fördern, allerdings so, dass eine Rückzahlung des Förderbetrages bei Abwanderung innerhalb festgelegter Zeiträume erfolgen muss.
- Patientennahe Grundversorgung durch Hausärzte
- Naturmedizin dient ebenso wie klassische Medizin der Heilung der Menschen und muss wieder durch die Krankenkassen bezahlt werden.

Die AfD Hannover wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Reformen des deutschen Gesundheitssystems in Anlehnung an die medizinisch erfolgreichen und kostengünstigeren Gesundheitsdienstsysteme bspw. in Dänemark angestrebt werden. Damit soll die Bedeutung des Wettbewerbs als Steuerungselement im Gesundheitswesen zurückgedrängt und durch regional vernetzte Bedarfsorientierung mit ausgeprägten Patienten- und Bürgerbeteiligungselementen in der Versorgungsplanung ersetzt werden. Damit gelingt auch die Wende von der derzeit primär kurativ ausgerichteten zu einer präventionsorientierten Medizin.

4.1.1 Beispiel: Klinikum Region Hannover (KRH)

Im Klinikum Region Hannover (KRH) GmbH sind alle 11 Krankenhäuser von Stadt und Region Hannover in einer Gesellschaft zusammengefasst. Mit 3400 Betten, rund 8500 Mitarbeitern versorgen die Krankenhäuser jährlich rund 295.000 Patienten. Mit ca. 40 % Versorgungsanteil in der

Krankenhausversorgung und einem Jahresumsatz von deutlich über 500 Mio. Euro ist die Gesellschaft der größte Anbieter von Gesundheitsdienstleistungen in der Region Hannover. Das Klinikum wird von einer dreiköpfigen Geschäftsführung geleitet. Einen Sprecher gibt es nicht, die Geschäftsführer sind gleichberechtigt, was in der Vergangenheit immer wieder zu grotesken, von persönlichen Eitelkeiten geprägten Streitereien geführt hat. Immer wieder mussten Geschäftsführer vorzeitig gehen. Im Aufsichtsrat des KRH sitzen zur Hälfte Arbeitnehmervertreter, zur anderen Hälfte ausschließlich Parteipolitiker der Altparteien aus der Regionsversammlung sowie der Regionspräsident Herr Jagau. Fachlicher Sachverstand ist eher wenig vorhanden.

Diese Fehlorganisation hat zu erheblichem Führungsversagen und massiven Defiziten geführt - allein im Jahr 2013 zu einem Fehlbetrag von 20 Mio. Euro, die vom Steuerzahler getragen werden mussten. In einer Pressemitteilung der SPD wird mitgeteilt, dass „angesichts der finanziellen Situation des Unternehmens“ die Region als Gesellschafterin „in jedem Fall gefordert“ bleiben werde. Dies stellt eine schwere Belastung für die kommunalen Finanzen dar.

In den vergangenen fünf Jahren hat das Klinikum - über den Defizitausgleich hinaus - von der Region 110,6 Millionen Euro erhalten. 2016 soll der Steuerzahler erneut 20,6 Millionen Euro für Investitionen bereitstellen.

Die jetzige Organisationsstruktur ist vollständig gescheitert!

So sollte man aus Sicht der AfD mit der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung Hannovers, den Arbeitsplätzen in den Krankenhäusern und den Geldern des Steuerzahlers nicht umgehen! Die AfD Hannover fordert daher:

- Eine Besetzung des Aufsichtsrates des KRH durch Fachleute, damit die tragfähigen Gestaltungsinhalte des

Modernisierungskonzepts 'Medizinstrategie 2020' umgesetzt werden kann.

- Schluss mit dem Parteien- und Gewerkschaftsfilz nicht nur im Klinikum Region Hannover, sondern in allen städtischen Unternehmen und Beteiligungen - siehe hierzu etwa auch die Vorgänge um die Besetzung der Stiftung zum Heiligen Geist u.a.
- Eine arbeitsfähige Führungsstruktur in der Geschäftsführung, die die abwegigen Reibungsverluste der Vergangenheit beendet.
- Die Anhebung des Krankenhauslandesbasisfallwertes in Niedersachsen mindestens auf den Bundesdurchschnitt.

4.2 Gesundheitserziehung und Prävention fördern

Falsche Ernährung, zu wenig Bewegung sowie der Konsum von Alkohol, Zigaretten und anderen Drogen schwächen die Gesundheit und sind Ursache vieler Erkrankungen. Hierbei spielt auch der soziale und Bildungsstatus eine wichtige Rolle. Durch eine in die Schulbildung integrierte vorbeugende Gesundheitserziehung kann erreicht werden, dass sich das allgemeine Gesundheitsniveau und damit auch die Lebensqualität vieler Menschen verbessert und erhebliche Kosteneinsparungen im Gesundheitswesen zu ermöglichen sind.

Die AfD Hannover fordert daher die Einrichtung eines **'Kommunalen Präventionsnetzwerkes'** ggf. in Anlehnung an das Beispiel der Stadt Braunschweig. Mit dem Präventionsgesetz 2015 sind die Krankenkassen gesetzlich dazu verpflichtet worden, Mittel in sogenannte 'Setting bezogene' Präventionsprogramme zu investieren. Hannover verfügt über soziale Brennpunktstadtteile, die über konzertierte und vernetzte Programme erreicht werden können. Hierbei ist

die fachliche Expertise der ‚Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin e.V. ‘ (LVG/AfS) in Hannover und der Medizinischen Hochschule Hannover beizuziehen.

5. Wirtschaft, Verkehr und Energie

Die erfolgreiche Entwicklung unserer Wirtschaft ist die Grundlage für die Entwicklung sämtlicher gesellschaftlicher Lebensbereiche. Die Sicherung vorhandener und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind der Schlüssel für die Zukunft unserer Familien und Kinder.

Durch die Sanktionspolitik der Bundesregierung gegenüber Russland ist der Osthandel dramatisch eingebrochen. Experten gehen davon aus, dass in Deutschland ca. 500.000 Arbeitsplätze gefährdet sind und sich die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland nachhaltig verschlechtern. Wir fordern daher die sofortige Aufhebung der Anti-Russland-Wirtschaftssanktionen, die politisch falsch sowie effektlos sind und in erster Linie unsere heimische Wirtschaft schädigen während z.B. US-amerikanische Unternehmen davon profitieren.

Wir setzen auf die Stärkung der vorhandenen Wirtschaft, des Handwerks und des Gewerbes sowie deren Verzahnung mit den wissenschaftlichen Einrichtungen des Landes. Dazu wollen wir:

- Die Mittel zur Wirtschaftsförderung verstärkt für solche Industriezweige, Handwerke und Gewerbe einsetzen, die am meisten zur Sicherung vorhandener bzw. Schaffung neuer Vollzeitarbeitsplätze beitragen;
- Den Verwaltungsaufwand, der durch überzogene staatliche und kommunale Regularien in den Unternehmen entsteht, minimieren;
- Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, insbesondere unter Einbeziehung der Universitäten, Hoch- und Fachschulen unseres Landes, durch praxisnahe Forschung und Entwicklung neuer Technologien stärken;

- Die Schaffung neuer zukunftsfähiger Arbeitsplätze durch Ansiedlung von Unternehmen sicherstellen, die an der Entwicklung und Vermarktung neuer Technologien arbeiten, z.B. durch die kurzfristige Inanspruchnahme von Landesmitteln bei der Förderung der Errichtung, Erweiterung und Modernisierung von Technologie- und Gründerzentren.
- Das schnelle Internet als wichtiges Arbeitsmittel für Industrie, Handwerk und Gewerbe ausbauen.

5.1 WIRTSCHAFT

Der Wohlstand einer Region ist zu einem hohen Teil durch die Anzahl und Größe der Unternehmenssitze bestimmt. In den Zentralen wird die größte Wertschöpfung ausgewiesen, daher sind dort in der Regel die Gehälter höher und auch soziales Engagement wie z. B. Sponsoring findet häufig am Hauptsitz des Unternehmens statt.

Hannover nimmt als Hauptsitz-Standort in Niedersachsen die bedeutendste Rolle ein: 20 der 50 größten Unternehmen des Landes Niedersachsen (17 in Hannover; 3 im Umland) haben hier ihren Sitz. Eine Anwerbung Unternehmen zu Lasten anderer niedersächsischer Regionen sollte nicht erfolgen. Aber Hannover hat ein großes Potential für ausländische Firmen hier den Deutschland-, „DACH“- oder Europasitz hinzulegen.

Gerade für Vertriebs- und Servicefirmen bzw. -abteilungen ist der Standort sehr interessant, durch die Lage mitten in Deutschland, die exzellente Verkehrsanbindung mit Autobahnen, ICE-Bahnverkehr und dem Flughafen. Darüber hinaus ist Hannover weltweit bekannt durch die CeBit und die Hannover Messe. Weitere Gründe sind das hohe Ausbildungsniveau, die Leistungsbereitschaft und Effizienz der Mitarbeiter. In einigen Branchen haben sich heute schon

„Cluster“ in der Region gebildet, die weiter auszubauen sind. KonicaMinolta und Ricoh sind Beispiele für erfolgreiche Ansiedlungen auf diese Art. Hier sollte die Stadt aktiv auf mögliche Unternehmen, gerade bekannte Marken, zugehen und auf die hier vorhandenen Möglichkeiten und Chancen intensiv aufmerksam machen.

5.2 MITTELSTANDSPOLITIK

Die AfD in Stadt und Region Hannover sieht in einem gesunden Mittelstand die Grundlage einer leistungsfähigen und erfolgreichen Wirtschaft. Wirtschaftspolitik ist in erster Linie eine gute Mittelstandspolitik.

In diesem Sinne fordert die AfD Hannover, bzw. wird sich auf Landesebene für folgende Themen einsetzen:

5.2.1 STÄRKUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Hannovers Mittelstand ist mit geeigneten Instrumenten dabei zu unterstützen, sowohl konkurrenzfähig zu arbeiten als auch konkurrenzfähige Produkte zu liefern. Dazu gehören Finanzinstrumente wie Bürgschaften oder Wagniskapital ebenso wie erleichterte Kooperationen.

5.2.2 STÄRKUNG DES HANDWERKSMEISTERS

Mit der ständigen Herabsetzung von Bildungs- und Erfahrungsvoraussetzungen wie etwa der Abschaffung des Diploms oder dem Verzicht auf den Handwerksmeister als Voraussetzung zum Führen von Handwerksbetrieben verlieren die deutsche Berufsbildung und die Produktqualität ihren guten Ruf in der Welt. Dieses muss rückgängig gemacht werden.

Ansonsten gefährden wir unseren wirtschaftlichen Vorsprung vor anderen Industrienationen.

5.2.3 Die heimische Bauwirtschaft stärken

Bei großen öffentlichen Bauvorhaben setzen wir uns für mittelstandsfreundliche Vergaben und für eine transparente Finanzierung ein. Die sogenannten Public-Private-Partnership (PPP) - Modelle verschleiern die Kosten für den Bau sowie den Betrieb und sind teurer als konventionell umgesetzte Bauvorhaben. Sie begünstigen zudem ausschließlich große, nicht in Niedersachsen ansässige, Baukonzerne. Dies lehnen wir ab.

5.2.4 Überregulierung abbauen

Nahezu alle Unternehmen leiden beträchtlich unter einer Vielzahl nationaler und zunehmend europäischer Vorschriften und Gesetze, die ihre Tätigkeiten regulieren. Diese Gesetzesflut belastet insbesondere kleinere Unternehmen. Der Staat soll generelle Richtlinien erlassen und auf etwaige Detailregelungen verzichten. Den Unternehmern und Bürgern muss hier mehr Eigenverantwortung zugestanden werden.

5.2.5 Bürokratie abbauen

Angestellte kommunaler Fachämter verbrauchen einen zu großen Teil ihrer Arbeitszeit für Antragstellung, Nachweisführung und Abrechnung. Geplant und entwickelt wird nicht immer was für die Kommune notwendig ist, sondern was gerade in laufende Förderprogramme passt. Daher wollen wir, dass diese Steuermittel den Kommunen ohne Auflagen zur

Verfügung stehen und die Eigenverantwortlichkeit der Kommunen für städtebauliche Entwicklungsziele erhöhen.

5.2.6 ARBEITNEHMERFEINDLICHE VERTRAGSFORMEN

Die AfD Hannover setzt sich dafür ein, dass der Missbrauch von Zeitarbeit, "Werkverträgen" sowie von Zeitverträgen insbesondere in den öffentlichen Verwaltungen und in den kommunalen Unternehmen -auch bei Stadt und Region Hannover beendet- wird. **Leiharbeitsverhältnisse darf es nicht mehr geben.** Die Differenz zwischen der Gesamtleistung „Hartz IV" und dem Einkommen in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen muss deutlicher ausgeprägt sein.

5.2.7 VERWALTUNGSAUFWAND

Berufsgenossenschaften, Gewerbeaufsichtsämter, Industrie- und Handelskammern, Sozialkassen, aber auch Ärztekammern, Kassenärztliche Vereinigungen und ähnliche Einrichtungen, die mit Zwangsbeiträgen finanziert werden, sollen im Hinblick auf Ihren Nutzen und ihre Daseinsberechtigung sowie auf ihr Betätigungsfeld überprüft werden.

5.3 VERKEHRSPOLITIK

Die AfD in Stadt und Region Hannover will eine Verkehrspolitik, die im Spannungsfeld zwischen freiem Wettbewerb und sozialer Marktwirtschaft den ökologischen, ökonomischen sowie sozialen Anforderungen der Gegenwart gerecht wird. Um Investitionsstaus abzubauen, wollen wir die Forschung und Entwicklung in den Bereichen Verkehrsinfrastruktur inkl. Lärmschutz und Barrierefreiheit, Antriebstechnologie,

Kraftstoffe, intelligente Verkehrssysteme und modulare Verkehrstypenverbindung fördern.

Grundsätzlich darf kein Verkehrsmittel bevorzugt oder aus ideologischen Gründen benachteiligt werden. Es sollte ein kooperativer Ansatz gewählt werden, der die Optimierung des Gesamtsystems zum Ziel hat.

Für ein integriertes, kooperatives Verkehrssystem, dass die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer, im Hinblick auf einen optimalen Verkehrsablauf zu berücksichtigen versucht, stellt sich die Frage, in welcher Form der ÖPNV priorisiert wird. Die Vorrangschaltungen sind in Hannover im Vergleich zu anderen Städten sehr stark ausgeprägt. Hieraus ergeben sich wesentliche Probleme im Verkehrsablauf der Stadt Hannover. Zentrale Forderung ist deshalb, dass Vorrangschaltungen mit den Anforderungen des motorisierten Individualverkehrs abgestimmt werden müssen.

Verkehrspolitik darf nicht zu einem Unterkapitel der Umwelt- und Klimapolitik werden; Gerade Unternehmen sind auf eine gute Erreichbarkeit im Wirtschafts- und Kundenverkehr angewiesen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Neben einer guten Anbindung an die lokalen, regionalen und überregionalen Verkehrssysteme ist auch ein reibungsloser und kalkulierbarer Verkehrsablauf wesentlich. Nach wie vor ist dabei der Straßenverkehr von herausragender Bedeutung.

Seit Jahren steht in der verkehrspolitischen Diskussion in Hannover immer wieder die Frage im Mittelpunkt, wie Verkehr in der Stadt reduziert werden kann. Bei dieser Diskussion gerät ein zentraler Punkt aus dem Blick: Eine Stadt ist eine Stadt. Und damit sind ihr eine Reihe von wichtigen Funktionen wie Arbeiten, Wohnen und Einkaufen mit entsprechendem Mobilitätsbedarf zugeordnet. Ohne bedarfsgerechte Mobilität sind intakter Handel und leistungsfähiges Gewerbe nicht möglich. Das Fundament einer modernen, arbeitsteiligen Wirtschaft ist der Verkehr. Ein wesentlicher Teil der Mobilität

findet aktuell und wird auch zukünftig im Straßenverkehr stattfinden.

5.3.1 AUTOBAHNEN

Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Autobahn weiterhin der schnellste und sicherste Straßenverkehrsträger bleibt und unsere Städte und Dörfer vom Durchgangsverkehr entlastet (z. B. die Schnellwege in der Stadt Hannover) werden. Daher befürworten wir eine situationsangepasste Festlegung von Tempolimits auf Autobahnen.

Stadt und Region Hannover sollen sich dafür einsetzen, dass die A2 von Wunstorf bis Hannover-Ost möglichst zügig vierspurig ausgebaut wird. Nur so können langfristig Dauerstaus vermieden werden und der Fernverkehr soweit möglich aus den Schnellwegen und dem städtischen Netz herausgehalten werden.

5.3.2 STRAßENVERKEHR IN STADT UND REGION HANNOVER

Eine Verteufelung des Autoverkehrs lehnen wir ab, da das Auto in ländlichen Regionen oft das einzig flexible Verkehrsmittel ist. Wir leben im VW-Stammland Niedersachsen und der zweitgrößte Autobauer der Welt, Volkswagen, inklusive Zulieferindustrie wie zum Beispiel Continental, Johnson Controls und WABCO, beschäftigt auch in Hannover viele Mitarbeiter.

Das heute vorhandene gute Straßennetz, welches dank der autogerechten Planung in den 50er und 60er Jahren und der EXPO 2000 entstanden ist, muss gepflegt und ausgebaut werden.

Das Hauptverkehrsmittel beim Einkaufen ist mit bis zu 62% nach wie vor das Auto. Je attraktiver eine Einkaufsstadt, desto

größer ist ihr Einzugsgebiet, desto gewichtiger wird der motorisierte Individualverkehr im Mix der Verkehrsarten. Bei einem Einzugsgebiet von 1,8 Millionen Einwohnern hat Hannover eine Zentralität, die im bundesweiten Vergleich aller Großstädte eine der höchsten ist. Die hohe Erschließungsqualität der Innenstadt auch für den Autoverkehr muss vor diesem Hintergrund gesichert werden.

So kann der ÖPNV durch die Gebundenheit an feste Linien nach wie vor nur unzureichend die realen Verkehrsverflechtungen der Verkehrsteilnehmer abbilden. Auch machen das Gewicht bzw. die Menge der transportierten Waren oft den Einsatz eines Pkw erforderlich. Hinzu kommt, dass häufig Einkaufsfahrten mit den An- und Abfahrten zur Arbeitsstelle kombiniert werden. Die Flexibilität der Nachfrage im Personen- wie auch im Güterverkehr ist gering. Die Konsequenz: Es werden eher andere Ziele, also z. B. andere Einkaufsstandorte, als andere Verkehrsmittel gewählt.

Die Stadt Hannover hat mit 170.200 Beschäftigten am Wohnort und 275.600 Arbeitsplätzen („Arbeitsort“) ein erhebliches Pendlersaldo von über plus 105.000 (153.000 Einpendler und knapp 48.000 Auspendler).

5.3.3 Straßen in der Stadt Hannover

Im Stadtstraßennetz Hannovers sind die Einfallstraßen sowie der City-Ring von wesentlicher Bedeutung. Hauptverkehrsstraßen dienen der Bündelung und müssen gestärkt werden – auch um das nachgeordnete Netz nicht unnötig zu belasten. Problematisch ist, dass einige der Erschließungsstraßen für die tatsächlichen Verkehrsmengen nicht mehr ausreichend sind bzw. in den vergangenen Jahren sogar in ihrer Leistungsfähigkeit beispielsweise durch Verengungen oder zusätzliche Lichtsignalanlagen eingeschränkt worden sind.

Verkehrsvermeidung durch Kapazitätsabbau ist die Maxime rot-grüner Verkehrspolitik.

Besucher unserer Stadt stellen irritiert fest: Hannover, „Stadt der roten Ampeln“. Die Ampel am Küchengarten braucht morgens um fünf Uhr mehrere Minuten um nach einer Bahn endlich die Kreuzung wieder freizugeben.

Die Straßenbahn hat, wie auch die Üstra-Busse, eine Vorrangschaltung vor dem Individualverkehr. Das soll auch so bleiben. Die Steuerung der Verkehrsflüsse über Ampelschaltungen („Rote Welle“) muss jedoch beendet werden. Das ausgedehnte Stehen der Fahrzeuge vor roten Ampeln ist alles andere als umweltfreundlich.

Hier fordern wir die Zeitangabe an Ampeln vor Signalwechsel, wie in vielen Ländern bereits erfolgreich eingesetzt. Dies verbessert den Verkehrsfluss und regt zu häufigerer Motorabschaltung an.

Die Verengung des Cityrings auf nur 2 Fahrspuren lehnen wir strikt ab.

Ein großer Teil der Straßen, siehe bspw. das Rudolf-von-Bennigsen-Ufer am Maschsee befindet sich in erbarmungswürdigen Zustand und muss umgehend saniert werden.

Die marode Schnellweg-Brücke über die Hildesheimer Straße soll so schnell wie möglich (deutlich vor 2023) durch einen Tunnel ersetzt werden. Die anschließende Strecke in Richtung Landwehrkreisel soll als mit „Natur“ überbauter Tunnel weitergeführt werden, damit die Naherholungslandschaft „Ricklinger Teiche“ und das Ricklinger Bad vom Lärm entlastet werden. Beispiel dafür ist die Schlangenbader Straße in Berlin.

Im Bereich des Westschnellweges sollen die Ampeln reduziert und durch echte Auffahrtlösungen wie z. B. am Pferdeturm ersetzt werden.

Tempolimits sollen nur aufgrund der Verkehrssicherheit verhängt werden, keinesfalls aber zur Steuerung der Attraktivität des Straßenverkehrs. Jeglichen Überlegungen, den Stadtverkehr umfassend und möglichst auch auf Hauptverkehrsstraßen auf eine Geschwindigkeit von 30 km/h oder 40 km/h zu begrenzen, erteilen wir eine Absage.

Gerade auf Hauptverkehrsstraßen muss von Tempolimits Abstand genommen werden, die über die von der StVO vorgeschriebenen Begrenzungen hinausgehen. Hauptverkehrsstraßen dienen der Bündelung von Verkehr und sind damit zwangsläufig stärker belastet. Folglich ist es absurd, den Verkehr auf Hauptverkehrsstraßen zu behindern und Nebenstraßen und Wohngebietsstraßen der Gefahr auszusetzen, durch Ausweichverkehre stärker belastet zu werden. Vielmehr muss es das Ziel städtische Verkehrspolitik sein, den Verkehr auf Hauptverkehrsstraßen zu bündeln und dort schnell und flüssig abzuwickeln.

5.3.4 Bestandsoptimierung vor Neubauprojekten

Eine Sanierung des bestehenden dichten Straßennetzes soll grundsätzlich Vorrang vor teuren und umweltbelastenden Neubaulösungen haben. Diese sollen nur noch bei dringend notwendigen Ortsumgehungen zur Entlastung verkehrsüberlasteter Ortskerne oder notwendigen Sonderfällen erfolgen.

5.3.5 Bereitstellung von Parkraum

Neben der Erreichbarkeit ist die Qualität, Quantität und Verfügbarkeit des Stellplatz-Angebots für den Kundenverkehr von zentraler Bedeutung. Als Oberzentrum mit einem Einzugsgebiet von 1,8 Millionen Einwohnern ist der motorisierte Individualverkehr im Einkaufsverkehr dominierend.

Entsprechend wichtig ist das Parkraumangebot in der Innenstadt. Aber auch für die Stadteilzentren und sonstigen Einkaufslagen ist eine bedarfsgerechte Parkraumversorgung von zentraler Bedeutung. Gerade ein guter Branchenmix, der die Attraktivität von Stadteilzentren ausmacht und über die reine Nahversorgung und Gastronomie hinausgeht, ist existenziell auch auf Kunden von außerhalb angewiesen, die zu noch höheren Anteilen mit dem Pkw anreisen.

Die wichtigsten Anforderungen an das Stellplatzangebot aus Sicht von Bürgern, Handel und Dienstleistungen sind:

- Ausreichende Anzahl von Stellplätzen:
  Im Zuge städtebaulicher Sanierungen und Umbaumaßnahmen sowie im Rahmen verkehrs-beruhigender Maßnahmen fallen Stellplätze oft ersatzlos weg. Dies gilt beispielsweise häufig beim Bau von Hochbahnsteigen und bei Umgestaltungen des Straßenseitenraums (z. B. Ricklinger Stadtweg, im Bereich Limmer Straße oder so die aktuellen Überlegungen in der Kurt-Schumacher-Straße).
- Angemessene Gebührenstruktur und Parkzeitregelung:
  Beide Faktoren haben einen sehr starken Einfluss auf die Bewertung der Erreichbarkeit des Einzelhandels durch den Pkw-Kunden und damit auf die Attraktivität des Standortes. Die Festlegung der Gebührenhöhe darf nicht durch die Haushaltslage bestimmt werden.
- Nähe der Stellplätze zum Stadtzentrum / Zielort:
  Außerhalb der Innenstadt wird für Stadtteilzentren in der Regel ca. 300 m zum Parkplatz als zumutbare Entfernung angenommen. Bei sonstigen Einkaufslagen liegt diese Entfernung deutlich darunter (ca. 150 m oder kleiner, je nach Angebotsstruktur).

- Schaffung von Parkraum in Wohngebieten wie Südstadt und List:
  Alle Anwohner haben sich durch jahrzehntelange Steuerzahlungen das Anrecht auf ein ausreichendes Angebot von Parkflächen erworben.
  Hier sollte z. B. durch das Schließen von Baulücken (Anwohnerparkhäuser, die sich architektonisch einfügen) und Tiefgaragen unter öffentlichen Plätzen genügend Parkraum geschaffen werden.

5.3.6 RADWEGENETZ FLÄCHENDECKEND AUSBAUEN

Radfahren ist umweltfreundlich, kostengünstig und gut für die Gesundheit. Um den Radverkehr in Hannover noch attraktiver und sicherer zu machen, wollen wir das Radwegenetz flächendeckend ausbauen und verbessern. Es reicht nicht, neue Radfahrstreifen auf Straßen einzurichten bzw. Straßen zu Fahrradstraßen zu erklären.

Die Kennzeichnung von Radwegen und die Schaffung radfahrerfreundlicher Kreuzungsbereiche und Ampelregelungen auf den Straßen sollte nur noch in Teilbereichen (z.B. Kreuzung Sutelstraße / Podbielskistraße) weiter vorangetrieben werden. Radfahren ist aber eine eigenständige Fortbewegungsart und die sollte unabhängig vom Straßennetz attraktiv sein. Attraktiv bedeutet, man kommt zügig mit wenigen Fahrtunterbrechungen ans Ziel. Nicht ganz unwichtig ist, dass man auch bei Schmuddelwetter sauber ankommt.

Hannover hat für ein vom Straßenverkehr unabhängiges Netz für ideale Voraussetzungen mit der Eilenriede, den Wegen am Mittellandkanal, Stichkanal sowie Leine und Ihme. Dazu kommen noch diverse „Grüngebiete“ wie z. B. die Seelhorst.

Diese bestehenden Radwegeverbindungen zwischen den Stadtteilen durch die Grünanlagen hindurch müssen, wo noch

nicht geschehen, asphaltiert werden. Dies erleichtert das Radfahren und erhöht die Sauberkeit deutlich gegenüber Schotterwegen. Lücken zwischen diesen Verbindungen müssen möglichst straßenunabhängig geschlossen werden. Lücken im Radwegenetz sind zum Beispiel das Ihmewestufer am Ihmezentrum und die Verbindung Eilenriede-Nord zum Georgengarten.

Die AfD Hannover will ein Gesamtkonzept für die Radwege erarbeiten, welches die Unabhängigkeit vom Straßennetz bei der Verbindung von Stadtteilen und Umlandgemeinden zum Ziel hat. Die letzten paar hundert Meter vom Ende des „Grüns“ bis zum Fahrtziel im Stadtteil kann der Radfahrer ein gewöhnlicher Verkehrsteilnehmer sein. Die Fahrradfahrer sollten von Hauptverkehrsstraßen, wo möglich, fern gehalten werden, da dies in der Vergangenheit regelmäßig zu schweren Verkehrsunfällen führte.

5.3.7 Öffentlicher Nahverkehr

Der öffentliche Personennahverkehr soll weiter ausgebaut werden. Dazu gehören auch neue Formen gemeinschaftlich organisierter Mobilität wie z.B. Car-Sharing, Fahrgemeinschaften und Mietfahrräder. Dies hat die heutige Verwaltung zum Teil sehr gut umgesetzt. Auf dem Lande muss der Ausdünnung des öffentlichen Nahverkehrs entschieden entgegengewirkt werden.

Die AfD Hannover fordert ein Preismoratorium für alle ÜSTRA-Tickets für die kommenden 4 Jahre, um die Attraktivität dieses zentralen Verkehrssystems durchzusetzen.

5.3.8 STADTBAHN D-TUNNEL

Die AfD Hannover fordert ein sofortiges Ende der Bauarbeiten für das Projekt 10/17. Es werden nahezu alle Ziele der Nahverkehrspläne verfehlt, vorhandene Ressourcen bleiben ungenutzt, der Verkehr wird behindert, Fahrgäste müssen mit Verschlechterungen rechnen. Insgesamt werden damit dauerhaft Verbesserungen in der Innenstadt verhindert.

Die AfD setzt sich für einen zügigen Vollausbau der D-Linie und damit des D-Tunnels ein. Dies sollte in drei Ausbaustufen realisiert werden:

1. Ausbaustufe: Goetheplatz–Hauptbahnhof

Am Goetheplatz wird der Kreisel durch ein Gleisdreieck ersetzt. Hinter der Haltestelle Goetheplatz wird in den Tunnel eingefahren Am Station Steintor wird zu einem Mittelbahnsteig mit Umsteigemöglichkeit zu den Linien 4, 5, 6, und 11 ausgebaut. Danach wird in einem Bogen die Station Hauptbahnhof angefahren, die heute schon als „Geisterbahnhof“ existiert.

2. Ausbaustufe: Hauptbahnhof–Marienstraße

Hinter dem Hauptbahnhof geht der Streckenverlauf über die Berliner Allee zum Platz der Kaufleute (IHK) und dann in Richtung Marienstr. Es entsteht dort wieder eine Umsteigemöglichkeit zu den Linien 4, 5, 6, und 11.

3. Ausbaustufe: Marienstraße–Sallstraße–Lindemannallee

Die 3. Ausbaustufe und damit der Vollausbau des D-Tunnels stellt eine Weiterführung des Tunnels in der Sallstraße und die Verknüpfung mit dem S-Bhf. Bismarckstraße und der D-Linie-Süd an der Lindemannallee dar. Nach einer Haltestelle Menschingstraße wird am Ende der Lindemannallee die vorhandene Strecke der D-Süd erreicht, wo die Stadtbahn am DB-Gebäude mit einer Kurve nach Südosten anschließt.

Alle Stufen sind schon lange durchgeplant. Es fehlt „nur“ am politischen Umsetzungswillen. Die Kosten betragen ca. 400 Mio. Euro inklusive Stationsausbauten. Davon muss die Region/Stadt aber nur ca. 100 Mio. Anteil bezahlen, da solche Verkehrsvorhaben vom Bund gefördert werden. Angesichts der Schnelligkeit, mit der etwa 177 Mio. Euro für Asylbewerber verfügbar waren, sind 100 Mio. für die Komplettumsetzung des genial zu nennenden Scheelhaase-Stadtbahn-Konzeptes einfach aufzubringen. Die Verbesserungen des ÖPNVs durch den D-Tunnel würden allen Hannoveranern zugutekommen.

5.3.9 BAHNVERKEHR

Unser Schienennetz ist ein Gemeingut. Es leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Mobilität der Bevölkerung und zum Güterverkehr. Durch die fortschreitende Privatisierung der Infrastruktur wird dies zunehmend gefährdet.

Wir fordern den zügigen Ausbau der S-Bahn Hannover:

- Neubau eines S-Bahnhofs Waldhausen: Eine neue Station über der Hildesheimer Straße muss eine Umsteigemöglichkeit zur Stadtbahn bieten. Die Stadtbahnstation Döhrener Turm wurde im Jahr 2004 bereits in Richtung geplanter S-Bahn-Station verlegt.
- Neubau eines S-Bahnhofs Braunschweiger Platz: Hier muss eine Station mit Umsteigemöglichkeit zu Stadtbahn und Bus entstehen.
- Weitere Stationen in Lohnde, Wunstorf-Barnestraße, Springe-Deisterpforte und Barsinghausen-West sollten zügig geprüft und gebaut werden
- Laatzen sollte einen S-Bahnhof in Höhe der Würzburger Straße erhalten.

Der Staat soll dem Anliegen einer umweltverträglichen und kostengünstigen Mobilität per Bahn durch Einführung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf Bahntickets Rechnung tragen. Hiermit wird die private Bahnnutzung durch finanziellen Anreiz gefördert.

Um den Verkehrsträger Schiene für den Personenverkehr attraktiver zu gestalten, müssen alle Fahrpläne gemeinsam recherchiert und abgestimmt werden können.

Die Attraktivität der Bahn wird erst durch die Vernetzung mit anderen Verkehrsträgern gesteigert. Gerade auf dem Land sind bei weniger dichter Verkehrsinfrastruktur leistungsfähigere Knotenpunkte zu schaffen, z. B. durch zusätzliche Parkplätze in der Nähe von Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel.

Die AfD Hannover fordert daher:

- Zentrale Fahrplanerstellung und Ticketverwaltung
- Bahntickets mit ermäßigtem Mehrwertsteuersatz
- Bessere Verzahnung mit anderen Verkehrsträgern

5.3.10 LÄRM

Beim Lärmaktionsplan sollten alle Lärmquellen ideologiefrei betrachtet werden. In der Analyse „Betroffenheit nach Lärmquellen“ werden für den Straßenverkehr eine Reihe von Straßenabschnitten identifiziert, in denen die Bevölkerung von Lärmemissionen oberhalb der von der Stadt definierten Auslösewerte (60 dB(A) nachts) belastet sind. Durch die Stadtbahn sind aber auch 4.400 Personen durch nächtlichen Verkehrslärm über dem Auslösewert von 60 dB(A) betroffen. Trotz ganz erheblich größerer Streckenlänge sind es im Straßenverkehr mit 9.900 Personen kaum mehr als doppelt so viele. Daher sind Maßnahmen gegen Lärm unabhängig von der

Quelle - nach Anzahl der Betroffenen und dem nötigen Aufwand - zu priorisieren.

5.4 ENERGIEPOLITIK

Die aktuelle Energiepolitik ist in vielerlei Hinsicht verfehlt. Die so genannte “Energiewende” wurde überstürzt und unausgereift auf den Weg gebracht. Sie ist unsozial und fügt Bürgern und Wirtschaft beträchtlichen finanziellen Schaden zu. Gleichzeitig garantiert sie aber den Investoren in erneuerbare Energien satte Gewinne. Es ist nicht einzusehen, warum bspw. Mieter in Hannoverschen Stadtteilen, die Strompreisgewinne süddeutscher Solaranlagenbetreiber über permanent steigende Strompreise finanzieren sollen. Die Zusatzkosten der politisch intendierten Umsteuerung müssen aus dem allgemeinen Steueraufkommen getragen werden, auch um die abwegigen Preisverzerrungen am Strompreismarkt zu beenden. Die Dauersubventionierung über den Strompreis lehnen wir ab.

Die vorhandenen Speichermöglichkeiten für Wind- und Solarstrom reichen derzeit nicht aus. Sie sind die Voraussetzung dafür, dass die regenerative Stromerzeugung Versorgungssicherheit leisten kann und müssen deshalb weiterentwickelt und gebaut werden. Die neue Energiepolitik verschiebt relevante Teile der Energieerzeugung - und damit Wertschöpfung und Arbeitsplätze - von Süddeutschland (Kernenergie) in den Norden, also auch nach Niedersachsen (Offshore-Windkraft). Die AfD Hannover anerkennt grundsätzlich die darin liegenden Entwicklungsmöglichkeiten.

Wir setzen uns dafür ein, die Energiepolitik wieder stärker zu einem sachorientierten, stimmigen Gesamtkonzept zu entwickeln und von ideologischen Maßgaben zu trennen. Dabei sind jegliche Arten der Energieerzeugung einzubeziehen. Seit Jahren werden einseitig bestimmte Formen der Energieerzeugung direkt subventioniert und damit Alternativen

unwirtschaftlich. Dabei sollte –wie bei der Reduzierung des Schadstoffausstoßes der Kraftfahrzeuge- bei der Forschung der Anreiz gesetzt werden, möglichst effizient Strom zu erzeugen oder den Verbrauch zu senken. Die Interessen der Stromverbraucher an kostengünstigem Strom stehen damit im Mittelpunkt unserer Energiepolitik.

Niedersachsen ist in Deutschland bereits führend bei der Erzeugung und Nutzung von Windenergie. Einen Bau weiterer Windkraftwerke in landschaftlich sensiblen Gegenden lehnen wir daher ab und wenden uns gegen die zunehmende Verschandelung der Landschaft durch neue Großanlagen der Windkraft- und Solartechnik oder zusätzliche Überland-hochspannungsleitungen.

Stattdessen setzen wir auf das sogenannte “Repowering”, also auf die Modernisierung und Effektivitätssteigerung der vorhandenen Wind- und Solarparks durch neue Technologien, sowie auf Technologien zur Senkung des Energieverbrauchs ohne Einschränkung der Verbraucheranforderungen und auf eine Dezentralisierung der Stromerzeugung.

Die subventionierte Erzeugung von Energie aus Biomasse lehnen wir ab, wenn sie mit der Erzeugung von Nahrungs- und Futtermitteln konkurriert. Dies treibt die Ackerpreise in ungeahnte Höhen und gefährdet die Existenz kleinerer landwirtschaftlicher Betriebe.

Kommunale Stadtwerke wie „enercity“ zeichnen sich durch ihre Nähe zum Verbraucher aus. Sie stehen unter lokaler Kontrolle und dienen der Wertschöpfung vor Ort. Wir setzen uns dafür ein, regionale Initiativen zu stärken. Dies gilt auch in Bezug auf die Kraft-Wärme-Kopplung und die Nutzung von Fernwärme.

Wir befürworten die direkte Einspeisung der Klein-Photovoltaikenergie zum sofortigen Verbrauch in den Häusern und lediglich den Überschuss-Einspeisung in die Netze.

5.4.1 Energieeinsparung und neue Lösungen

Zu einer zukunftsorientierten Energiepolitik gehört auch und vor allem das Bestreben, durch die Entwicklung neuer Technologien Energie einzusparen und die Energieversorgung zu dezentralisieren. Dem entspricht zum Beispiel der Grundgedanke eines autarken Familienhauses, welches durch die Kombination der verschiedensten Techniken realisiert werden kann. Hier stellt sich auch eine gesellschaftliche Aufgabe. Die persönliche Bereitschaft zur Einsparung von Energie und Ressourcen muss durch Aufklärung in das Bewusstsein unserer Bürger getragen werden. Hier hat die Verwaltung durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit aufklärend und motivierend zu wirken.

5.5 Förderung der Landwirtschaft

Die AfD Hannover setzt sich für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und der deutschen Kulturlandschaften ein. Landwirtschaft ist seit über 1.000 Jahren prägend für die Kultur- und Naturlandschaften in der heutigen Region Hannover. Sie wird wie in allen EU-Staaten maßgeblich mitgeprägt durch Subventionen der EU, die zum einen der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit dienen und zum anderen zusätzliche gesellschaftliche Leistungen wie Arten- und Biotopschutz honorieren sollen. Grund und Boden, das Hauptproduktionsmittel unserer Bauern und Agrarbetriebe, darf nicht zum Spekulationsobjekt werden.

Agrarsubventionen sind der größte Einzelposten des EU-Haushalts. Aktuell erlebt unsere Landwirtschaft im Zuge der sog. „Energiewende“ eine starke Intensivierung durch den Anbau von Energiepflanzen wie Mais und Raps. Durch die subventionierten Vergütungen für Bioenergie besteht zunehmend das Risiko, dass die dazu notwendige

Flächennutzung mehr und mehr die Nahrungsmittelproduktion verdrängt. **Keinen Mais in den Tank!** Die Pachtpreise für neu verpachtete Flächen werden durch den lukrativen Anbau von Energiepflanzen wie auch durch zunehmende Bodenspekulationen in die Höhe getrieben.

Die AfD Hannover wird sich auf Landes- und Bundesebene dafür einsetzen, dass geeignete Rahmenbedingungen im Interesse der Landwirte geschaffen werden, um dieser Praxis entgegenzuwirken. Es gibt begründete Vorbehalte gegenüber Lebensmitteln aus gentechnisch veränderten Pflanzen. Für die Ernährung werden gentechnisch veränderte Pflanzen nicht benötigt. **Wir lehnen daher Produkte aus gentechnisch veränderten Pflanzen ab und fordern eine Kennzeichnungspflicht**, um den Verbrauchern die Wahl zu lassen, ob sie derartige Produkte kaufen und verzehren wollen oder nicht. Wir wollen uns allerdings dafür einsetzen, dass auf diesem Gebiet weiter geforscht wird.

Die AfD Hannover befürwortet eine Agrarpolitik, die sich am Erhalt und der Förderung von landwirtschaftlichen Familien- und Kleinbetrieben orientiert.

Wir befürworten außerdem die Förderung von Kleingärten zur biologischen Nahrungsproduktion bzw. als Freizeitstätten und Biotope.

5.5.1 Wettbewerbsfähigkeit und Agrarsubventionen

Die Arbeit der Behörden und der Einsatz von Fördermitteln müssen darauf abzielen, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Bauern, Gärtner und Forstwirte zu erhalten bzw. weiter zu verbessern. Das Nebeneinander von konventioneller Landwirtschaft und den verschiedenen Formen ökologischen Landbaus ist für uns kein Widerspruch, sondern wesentliches

Merkmal eines fruchtbaren Wettbewerbs der konkurrierenden Produktionsweisen.

Wir fordern eine umfassende Reform der Agrarpolitik der EU, damit kleine Landwirtschaftsbetriebe mit EU-Beihilfen wirtschaftlich arbeiten können. Kleine landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe sind unter den heutigen Bedingungen kaum überlebensfähig. Deshalb muss eine zukunftsgerechte Landwirtschaft auf konkurrenzfähige Betriebsgrößen und den richtigen Produktmix abstellen.

Perspektivisch sind die Beihilfen weniger zur pauschalen Förderung pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche zu zahlen, sondern verstärkt an zusätzlichen Leistungen der Landwirte für die Gesellschaft wie Biotop- und Artenschutz, Hochwasserschutz, Gewässerqualität, Bodenschutz oder Landschaftsbild zu orientieren. Für Flächen mit Energiepflanzen sollen keine Flächenbeihilfen mehr gezahlt werden. Die Vermarktung regionaler Agrarprodukte der Tier- und Pflanzenproduktion ist zu fördern. Massentierhaltung und Import von Agrarprodukten ist weitestgehend entgegenzuwirken, regionale Alternativen sind die bessere Lösung. Die Teilnahme landwirtschaftlicher Betriebe an den Wochenmärkten der Region Hannover ist zu fördern.

6. Finanzen und Verwaltung

6.1 Finanzen

Das Haushaltsvolumen der Stadt Hannover für 2016 beläuft sich auf 2,23 Mrd. Euro. Das darin zunächst ausgewiesene Defizit beträgt 85 Mio. Euro. Der aufgehäufte Schuldenberg beträgt beachtliche 1,5 Mrd. Euro. Die Pro-Kopf-Verschuldung ist innerhalb eines Jahres um 284 Euro gestiegen. Mit nachhaltiger Finanzpolitik hat dies nichts mehr zu tun. Die Stadt Hannover befindet sich im Würgegriff einer verfilzten Parteienbürokratie, die auf Kosten nachfolgender Generationen wirtschaftet.

Für die Finanzierung der Asylbewerberunterbringung und -betreuung stellt die Stadt Hannover im Jahr 2016 177 Mio. Euro bereit.

Damit erübrigen sich aus unserer Sicht weitere Fragen zur Refinanzierung anderer Maßnahmen in der Stadtpolitik. Ohne das Asylchaos, das rückgängig gemacht werden muss, stünden von der Schulsanierung, der Verbesserung der Situation der pflegebedürftigen Senioren bis zur Freistellung der Familien von Kindergartenbeiträgen genügend Geldmittel zur Verfügung.

Natürlich wird sich die AfD auch mit der politisch verfehlten Subventionierung ideologisch motivierter Prestige-Objekte befassen und die erforderlichen Veränderungen durchsetzen.

Wir lehnen die Finanzierung antidemokratischer Kräfte wie z. B. (ANTIFA / Kornstraße) mit Steuergeldern ab

Wir werden die städtischen Finanzen von Fehlinvestitionen und Fehlsubventionen befreien, damit Kernaufgaben wie Schulen, Krankenhäuser, Straßen und Nahverkehr finanziert werden können, damit Hannover wie andere große Städte - z.B. Braunschweig - schuldenfrei an zukünftige Generationen übergeben werden kann.

- Die rot-grüne Schuldenpolitik in Hannover muss endlich beendet werden.
- Die Finanzierung von Aufgaben durch Aufnahme immer weiterer Schulden an Kapitalmärkten lehnen wir ab. Auch der Abbau der Schulden, die von allen bisherigen Verwaltungen aufgenommen wurden und allein durch ihren Schuldendienst einen Großteil der Einnahmen verschlingen, steht in unserem Fokus. Wie in jedem gesunden Haushalt muss der Grundsatz gelten, dass nur das wieder ausgegeben werden kann, was vorher eingenommen wurde. Der Haushalt der Region und der Stadt muss tragfähig sein und die Mittel dürfen nur für Projekte verwendet werden, die einen messbaren Nutzen für das Gemeinwohl erzielen. Zur Kostensenkung wollen wir deshalb den Eigenbedarf von Stadt und Region für die Verwaltung und die Parlamente auf das kleinstmögliche Maß reduzieren.
- Bürokratieabbau der städtischen Verwaltung und Verkleinerung des Stadtrates bzw. der Bezirksräte.
- Die einzelnen Förderungen von Stadt und Region auf ihre Effektivität prüfen
- Die nachweisliche Verschwendung von Steuermitteln der Haushalte durch Sanktionen und Regressforderungen gegenüber den jeweils Verantwortlichen ahnden.

Das Handeln der öffentlichen Verwaltung darf sich nicht vorrangig an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientieren.

Die Nachhaltigkeit öffentlicher Haushalte ist durch die Sicherung ausreichender Steuereinnahmen bei Schuldenfreiheit, schlankem Staat und effizientem Verwaltungshandeln sicherzustellen.

6.2 Kommunale Selbstverwaltung

Wir fordern, das in Artikel 28 des Grundgesetzes verankerte Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden nicht länger zu beschneiden und die Verlagerung von Kompetenzen an übergeordnete Instanzen zu beenden. Die Entscheidungsbefugnisse der Ortsvertretungen für lokale Belange sind zu stärken. Weitere Gebietszusammenschlüsse und Eingemeindungen sollen nur nach Bürgerbefragungen möglich sein. Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip sollen Entscheidungen auf der Ebene getroffen werden, die diese betreffen. Dies stärkt die demokratischen Mitwirkungsrechte und die Akzeptanz von Entscheidungen in der Bevölkerung.

Straßennamen spiegeln die Geschichte einer Stadt wider. Die AfD lehnt es ab, historische Personen pauschal nach zeitgeistigen Maßstäben zu bewerten. Würde man diesem Weg folgen, müsste man alle paar Jahre reihenweise Straßen umbenennen. Die AfD plädiert für Gelassenheit und Augenmaß im Umgang mit historischen Namen, wie es auch in anderen europäischen Ländern üblich ist. Umbenennungen sollten nur in gravierenden Fällen erfolgen.

Die kommunale Selbstverwaltung gewährleistet die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser, Elektrizität und Gas sowie die Entsorgung von Abwasser, Restmüll etc. Diese Aufgaben werden häufig durch jeweils nur einen Betrieb erfüllt. Ein konkurrierender Markt existiert nicht und dies eröffnet die Gefahr von Monopolstellungen, die bei sicheren Einnahmen zu überhöhten Gewinnen auf Kosten der Allgemeinheit führen können. Versorgungs- und Entsorgungsaufgaben mit Monopolcharakter müssen auf kommunaler Ebene grundsätzlich durch die öffentliche Hand übernommen werden.

Eine weitere Privatisierung von Anteilen am Energieunternehmen 'enercity' lehnen wir ab.

Wir wollen, dass Netzleitungen, die im Eigentum der Allgemeinheit stehen und von dieser finanziert wurden, grundsätzlich nicht veräußert oder verpachtet werden dürfen. Eventuell bereits erfolgte derartige Privatisierungen sind rückabzuwickeln.

6.3 Politik für den ländlichen Raum

6.3.1 Verbesserung der Infrastruktur auf dem Lande

Die Regionalplanung muss künftig auf eine deutlich verbesserte Infrastruktur auf dem Lande abzielen. Die Planungshoheit der Gemeinden ist zu stärken. Private Investitionen sind zu erleichtern, bürokratische Hürden abzubauen. Dies sind wichtige Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Aufschwung des ländlichen Raumes, um eine nachhaltige Bevölkerungsstruktur aufzubauen. Weiterhin ist der öffentliche Personennahverkehr besser zu vernetzen.

Die ärztliche Versorgung auf dem Lande ist quantitativ und qualitativ sicher zu stellen. Eine flächendeckende Versorgung mit Breitbandtechnologie zur Gewährleistung stabiler, schneller Internetverbindungen ist als Voraussetzung für moderne Heimarbeitsplätze auf dem Lande kurzfristig herzustellen.

Dezentrale und eigenverantwortliche Lösungen der Energieversorgung, der Trinkwasserversorgung und der Abwasserbeseitigung sind zu begünstigen. Dazu zählen zum Beispiel Möglichkeiten der Einrichtung und Nutzung privater Brunnen für die lokale Trinkwasserversorgung und die Lockerung des Anschluss- und Benutzungszwangs.

In diesem Zusammenhang fordern wir für künftige Hochwasser mehr Überflutungsflächen und weniger Versiegelungen oder Einengungen entlang der Flussläufe in der Region Hannover.

6.3.2 LOKALE GEMEINSCHAFT STÄRKEN

Hohe Mobilität, Internet sowie allseits verfügbare Telekommunikation begünstigen die Bildung von Gruppen und Netzwerken, die keinen lokalen Bezug mehr haben. Die Bindungen und Verbindungen zu Menschen im eigenen Umfeld verlieren damit an Bedeutung. Mit der Folge, dass sich die städtische Anonymität immer mehr auch in den Vororten und im ländlichen Raum ausbreitet. Wenn sich die lokalen Gemeinschaften aufzulösen beginnen, schwächt dies die Gesellschaft. Sie wird zunehmend von staatlich-politischen sowie wirtschaftlichen Akteuren dominiert, da sie ihre Interessen nicht mehr ausreichend zu artikulieren vermag.

Deshalb benötigt eine freiheitlich verfasste Gesellschaft eine starke Bürgerschaft. Nur eine Gesellschaft mit Zusammenhalt ist auch eine humane Gesellschaft. Die Lebensqualität hängt hier nicht zuletzt vom emotionalen Bezug zum Wohnort, zu den Menschen im eigenen Lebensumfeld, vom Heimatgefühl ab. Fehlt solch ein Bezug, ist der Weg zu Isolierung und Vereinsamung nicht weit. Es gilt, die lokalen Gemeinschaften und deren Zusammenhalt zu fördern und zu stärken.

Die AfD Hannover fordert daher:

- Mehr Plätze der Begegnungen zu schaffen um der Anonymität im öffentlichen Raum entgegen zu wirken und
- Das ehrenamtliche Engagement der Bürger in Feuerwehren, Kirchengemeinden, Sportvereinen und anderen Gemeinschaften zu fördern

6.3.3 STÄRKUNG DES EHRENAMTLICHEN

Freiwillige Feuerwehren, Vereine und Initiativen sollen als maßgebliche Säulen einer intakten Gemeinschaft vor allem im ländlichen Raum über das bisherige Maß hinaus gestärkt werden. Sie sind ein wichtiger Faktor für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Entwicklung der Gemeinden. Dabei geht es nicht allein um direkte Finanzzuweisungen nach dem Gießkannenprinzip, sondern um die Einführung von abgestuften Belohnungssystemen für ehrenamtliches Engagement. Soweit dieses Engagement durch bürokratische Hürden behindert wird, sind Vereinfachungen zu prüfen.

Die AfD Hannover erkennt auch ehrenamtliche politische Tätigkeit in besonderem Maße an und stellt sich voll hinter die Forderung des Städte- und Gemeindebundes, dass für Aufwandsentschädigungen ehrenamtlich Tätiger keine Sozialabgaben zu entrichten sind.

7. Innere Sicherheit und Polizei

7.1 Sicherheit und Verbrechensbekämpfung

- Die Anzahl von Wohnungseinbrüchen in Stadt und Region Hannover sind deutlich gestiegen. Die Aufklärungsquote ist jedoch gering. Die Hälfte der Einbrüche ist als Folge der offenen Grenzen organisierten Banden aus Süd-Ost-Europa zuzurechnen, deren Verfolgung besonders schwierig ist. Die Summe aller Straftaten beeinträchtigt die Sicherheit und das Lebensgefühl der Menschen.
- Um die Sicherheit der Bürger zu verbessern, brauchen wir eine größere Präsenz sowohl der Polizei als auch des kommunalen Ordnungsdienstes.
- Die AfD fordert deshalb, dass Polizei und Ordnungsdienst endlich mehr Personal und finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Polizei muss sich bei der Verbrechensbekämpfung und Aufklärung der rückhaltlosen Unterstützung städtischer Führungsspitzen und der Kommunalpolitik sicher sein. Ein härteres Durchgreifen gegen gewaltbereite Straftäter ist erforderlich, um die Bürger, ihr Eigentum, aber auch die Hüter des Gesetzes selbst, zu schützen. Gefährdete Wohngebiete mit überdurchschnittlich vielen Einbrüchen sollen durch verstärkte Streifenfahrten, gegebenenfalls durch einen Ordnungsdienst geschützt werden.
- Die Möglichkeit der Videoüberwachung sollte an bekannten Brennpunkten weiter ausgebaut werden, um mögliche Straftaten zu erkennen, schneller einzugreifen und die Täter besser verfolgen zu können.
- Die Ansprüche der Bürger vor Gericht sollten zeitnah behandelt werden; langjährige Prozesse, z. B. durch

häufige Terminverlegungen, beschädigen das Ansehen des Rechtsstaats.

- Straftaten –auch die von Minderjährigen– müssen in Zukunft schneller abgeurteilt bzw. final entschieden werden. Ausländische Straftäter, die ihr Gastrecht missbrauchen, sollten schneller ausgewiesen werden und deren Rückkehr nach Deutschland verhindert werden. Die Rechtsprechung nimmt jedoch häufig zu sehr Rücksicht auf Befindlichkeiten von Straftätern.

Für die AfD dagegen geht Opferschutz vor Täterschutz.

- Polizei und Richter brauchen mehr öffentliche Anerkennung und leistungsgerechte Bezahlung. Wir brauchen ehrliche Statistiken über die Zahl der Straftaten und die Herkunft der Täter, damit wir über Lösungen offen debattieren können – ohne Rücksicht auf die „Politische Korrektheit“.
- Wir fordern, dass die unsägliche Praxis beendet wird, Spitzenpositionen bei der Polizei (in jeder Verwaltung und in öffentlich geführten Unternehmen) nach dem Parteibuch zu besetzen. Es gilt ausschließlich die Eignung für die Position.

7.2 Asyl und innere Sicherheit in Hannover

Die planlose Bundespolitik hat zu massiver rechtswidriger Zuwanderung auch in Stadt und Region Hannover geführt. Das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung hat massiven Schaden genommen. Nach aktuellen Befragungen resultieren daraus bei etwa 20 Prozent der weiblichen Bevölkerung Verhaltensänderungen im öffentlichen Raum.

Die AfD fordert:

- Keine städtischen Gelder mehr für Asylprogramme und die sogenannte „Willkommenskultur“. Dies setzt falsche Anreize und ist mitverantwortlich für Schlepperkriminalität und den Tod von abertausenden unschuldigen Menschen auf dem illegalen Weg ins propagierte Sozialparadies Deutschland.
- Einsatz der Landeshauptstadt Hannover für die unverzügliche Auflösung rechtsfreier Räume, wie z.B. auf dem Weißekreuzplatz (nach mehr als zwei Jahren endlich geräumt) und stärkere Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum
- Wir setzen uns dafür ein, dass alle Regierungen und Behörden sich wieder an alle Artikel des Grundgesetzes und an alle Paragraphen der Gesetze halten. Dies bedeutet unter anderem, dass der Aufenthalt für kriminelle Ausländer und abgelehnte Asylbewerber sofort beendet wird. Dadurch werden innerhalb kürzester Zeit Tausende Wohnungen frei und es werden Millionen Euro eingespart.
- Die Unterstützung von internationalen Anreizen, die Flüchtlingen einen sicheren Aufenthalt im Grenzgebiet ihres Heimatlandes ermöglichen

Die AfD Hannover wird eine Schadensersatzklage der Landeshauptstadt Hannover in dreistelliger Millionenhöhe gegen den Bund, wegen des Asylmissbrauchs der vergangenen Jahre, beantragen:

Der Bund hat laut Artikel 73 Absatz 1 Satz 1 Nr. 5 Grundgesetz (GG) die Verpflichtung zum Grenzschutz. Dieser kommt er nicht nach. Gemäß Art. 16 a Abs. 2 S. 1 GG, hätte von den mehreren Millionen Asyl-Antragstellern der vergangenen Jahre faktisch

keiner Anspruch auf Asyl in Deutschland und die Einreise verhindert werden müssen, da nahezu alle aus sicheren Staaten einreisten. Die Bundeskanzlerin und ihre Mitarbeiter haben Millionen Menschen zu der verfassungs- und gesetzeswidrigen Völkerwanderung in die deutschen Sozialsysteme angestiftet und dazu Beihilfe geleistet. Sie sind dem Verursacherprinzip folgend dafür in Haftung zu nehmen.

Grenzkontrollen sind zur Unterstützung der Abwendung der illegalen Einwanderung einzuführen, wenn die illegale Zuwanderung über die Balkan- oder andere Routen nicht vollständig zum Erliegen kommt.

8. Sport und Kultur

8.1 Sport auch für die Identitätsstiftung

Viele Menschen leiden in zunehmendem Maß unter Übergewicht und Bewegungsarmut, was eine Reihe von gesundheitlichen Folgeschäden nach sich zieht. Sport wirkt dem entgegen, stärkt das Selbstbewusstsein, vermittelt soziale Kompetenzen und fördert auch die geistige Leistungsfähigkeit. Gerade auch für den Zusammenhalt unter Menschen mit unterschiedlichen Wurzeln sind Mannschaftsportarten ideal geeignet, um eine Integration zu ermöglichen. Nichts eint so sehr wie gemeinsame Aufgaben und Ziele!

Die Kompetenzen der Kommunalpolitik im Sportbereich beschränken sich jedoch auf eine Koordinierungs-, Förderungs- und Unterstützungsfunktion.

Für Hannover als Sportstadt ist es wichtig, Breiten- wie Spitzensport zu fördern, denn erfolgreicher Spitzensport führt zu mehr Sport in der Breite, aus dem sich bei Talent und Willen, der nächste erfolgreiche Spitzensportler heraus schält.

Hannover hat sehr gute Voraussetzungen; das Gelände südlich des ehem. Niedersachsenstadions mit Stadionbad, Eliteschule des Sports, Mehrkampfanlage und Olympiastützpunkt ist das schlagende Herz der Sportstadt Hannover. Dazu kommen die vielen Bezirkssportanlagen, 26 Hallenbäder in der Region, das neue Nachwuchsleistungszentrum von Hannover 96 in der Eilenriede und das geplante Breitensportzentrum in der Stammestraße, welches schnellstmöglich nach dem NLZ gebaut werden muss.

Getragen wird dies alles von etwa 370 Vereinen (nur Stadt) mit rund 110.000 Mitgliedern. Diese Breite ist trotz der eventuell dagegen stehenden Demografie zu erhalten. In der Spitze sollte es der Anspruch Hannovers sein, mit einem Verein in der jeweils höchsten Leistungsklasse vertreten zu sein.

8.1.1 Fußball

Dies gilt natürlich erst recht für den Fußball, wo natürlich die Hannover 96 KGaA ohne jede finanzielle Unterstützung den Weg wieder zurück in die erste Bundesliga finden muss. Die Politik hat bereits alles getan mit der Ermöglichung des neuen NLZs in der Eilenriede. Zu wünschen wäre dort eine langfristig orientierte Nachwuchspolitik, die Talenten überhaupt ermöglicht, am Ende Profifußballer zu werden. Der letzte Nachwuchsfußballer aus der Region, der A-Nationalspieler geworden ist, hatte elterliche Unterstützung im Verein.

Andererseits sollten viel versprechende Talente aus der Region, wie z. B. zwei heutige U-17-Vize-Europameister (Dortmund und Bremen) viel länger bzw. überhaupt bei Hannover 96 spielen. Die Liste der „ausgewanderten“ Talente ist leider lang. Im Schnitt geben die Profi-Vereine etwa 3 % Ihres Umsatzes für das Nachwuchsleistungszentrum aus. Hier könnte Hannover 96 sich durch eine Erhöhung ein Alleinstellungsmerkmal und einen Wettbewerbsvorteil verschaffen.

Der Profi-Fußball mit seinen Umsätzen, seiner Breitenwirkung und seinen Vertragssummen ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, der geistig und moralisch zu unterstützen ist. Aber die Basis ist und bleibt der Breiten- und Nachwuchsfußball aus der Region. Hier und nur hier sollte, falls erforderlich, die Förderungs- und Unterstützungsfunktion der Kommunalpolitik eingesetzt werden.

8.1.2 Andere Sportarten

Grundsätzlich sollen alle Sportarten dabei unterstützt werden, aus dem Schatten von „König Fußball“ zu treten, um die Vielfalt der Sportangebote zu erhalten. Dabei sollte die Kommunalpolitik aber nicht als führende Initiativkraft auftreten,

sondern tragfähige Initiativen für andere Sportarten mit jeweils spezifischen Mitteln unterstützen. Die vielfältige und traditionsreiche Hannoversche Vereinsszene („Turn-Klubb zu Hannover“) findet von sich aus die richtige Antwort auf anstehende Herausforderungen.

Die AfD ist insgesamt der Überzeugung, dass sich jeder in (Breiten-)Sport investierte Euro mehrfach auszahlt, sei es durch verminderte Kriminalität bei Jugendlichen, durch bessere Integration und durch eine Verbesserung der Gesundheit der Sporttreibenden.

Handball

Mit 51 Vereinen, organisiert in der Handballregion Hannover e.V., und dem TSV Hannover-Burgdorf („Die Recken“) in der 1. Bundesliga ist der Handball hervorragend aufgestellt. „Never touch a winning team“; Politiker sollten sich hier nicht einmischen, sondern nur zur Unterstützung animieren.

Eishockey

Nach dem letzten großen Erfolg, der Deutschen Meisterschaft der „Hannover Scorpions“ im Jahre 2010, ist leider sportliche Tristesse im schnellsten Mannschaftssport der Welt angesagt. Für das beispielhafte Engagement und die Meisterschaft noch einmal vielen Dank an den damaligen Mäzen. Mehrere Anläufe zu einer Fusion / Kooperation von Indians und Scorpions wurden versucht, aber leider ohne Erfolg. Für die beiden Spielstätten ist wohlwollend zu prüfen, wie diese auf einen zeitgemäßen Stand gehoben werden können. Weiterhin sollte hier ein neuer Anlauf für eine beiderseitige fruchtbringende Kooperation koordiniert werden.

Hockey

Hannover 78 in der ersten Liga und weitere vier Vereine vertreten Hannover im Hockey. Hier sollte geprüft werden, wie man eine größere Breite erreichen kann.

Weitere Sportarten sollten unterstützt werden, um Hannover weiter als Sportstadt/ Sportregion zu etablieren. Dazu gehören u. a. (unvollständige Liste ohne Wertung):

- Schwimmen/Wasserball (Wasserfreunde 98; White Sharks)
- Leichtathletik (Hannover Athletics + 22 Vereine)
- Turnen (TSV Badenstedt + 61 Vereine in Stadt und Region; ein echter Volkssport)
- Rugby (Traditionssport mit Germania List und Hannover 78 in der 1. Bundesliga sowie vier weiteren Vereinen in der 2. Bundesliga; dazu kommen noch drei weitere Vereine)
- American Football (Arminia Spartans in der Regionalliga; hier liegt Hildesheim leider deutlich vor uns; Hannover Grizzlies)
- Faustball (Traditionssport; Turn-Klubb zu Hannover in der 1. Bundesliga)
- Rudern/Kanu (Volkssport mit vielen Varianten wie Rennsport, Wandern und Kanupolo)
- Tennis (Volkssport mit über 120 Vereinen in der Region)

Besonderes Augenmerk ist auch auf Initiativen/Vereine zu legen, die körperlich und geistig Benachteiligte zum Sport bringen wie z. B. die RSG Hannover.

8.2 KULTUR

Kunst und Kultur sind die Grundlage jeder humanistischen Bildung und in unserer Gesellschaft unerlässlich. Daher werden wir unsere kulturelle Identität und Bildung, unsere Leitkultur selbstbewusst verteidigen. „Multikulti“ ist für uns ein Begriff der Vergangenheit.

Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur deutschen Leitkultur, die sich im Wesentlichen aus drei Quellen speist: erstens der religiösen Überlieferung des Christentums, zweitens der wissenschaftlich-humanistischen Tradition, deren antike Wurzeln in Renaissance und Aufklärung erneuert wurden und drittens dem römischen Recht, auf dem unser Rechtsstaat fußt. Gemeinsam liegen diese Traditionen nicht nur unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zugrunde, sondern prägen auch den alltäglichen Umgang der Menschen miteinander, das Verhältnis der Geschlechter und das Verhalten der Eltern zu ihren Kindern.

Die Ideologie des Multikulturalismus, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte damit zutiefst relativiert, betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit. „Multikulti“ um jeden Preis bleibt letztlich inhaltsleer und oberflächlich und hinterlässt Ratlosigkeit.

Gegenüber dem Multikulturalismus müssen der Staat und die Zivilgesellschaft die deutsche kulturelle Identität als Leitkultur selbstbewusst verteidigen.

Der Wandel der Medien hin zum digitalen Bereich gewinnt zunehmend an Bedeutung, künstlerische Äußerungen und Ergebnisse sind schon heute oft nur noch virtuell wahrnehmbar. Wir sehen es als wesentlich an, Chancen sowie Probleme dieser Entwicklungen zu erkennen und zu benennen.

Ohne gesetzlichen Schutz geistigen Eigentums sowohl im Internet, als auch in der analogen Welt ist eine Sicherung eines fairen Einkommens der Urheber nicht möglich. Deshalb wird sich die AfD auch für eine Modernisierung des Urheberrechts starkmachen. Der Urheber hat ein natürliches Recht an seinem Werk – dieses darf nicht in Frage gestellt werden.

Weiterhin ist auch eine finanzielle Ausstattung für die Institutionen notwendig, die mit der Vermittlung für Kunst und Kultur befasst sind. Ebenfalls müssen die Voraussetzungen erhalten bzw. geschaffen werden, damit Künstlern -ob im Angestelltenverhältnis oder freischaffend- die Möglichkeit einer Existenzsicherung gegeben ist. Die Künstlersozialversicherung ist zu erhalten und auszubauen.

Es ist ein Anliegen der AfD, in der Bevölkerung wieder ein Bewusstsein zu schaffen für die ideellen Werte der Kultur. In diesem Sinne sollen Kinder in vorschulischen und schulischen Jahren an Kunst und Kultur herangeführt werden.

Es sollen hierbei auch wieder verstärkt die lokalen Kultur- und Kunstschaffenden unterstützt werden. Die AfD will sich dafür einsetzen eine stärkere Kooperation zwischen öffentlichen und privaten Auftraggebern und hiesigen Künstlern zu fördern, um unserer „Kulturlandschaft“ (Städte, Architektur, landschaftlicher Raum) ein „erkennbares Gesicht“ zu geben.

Kulturförderung ist keine Subvention, sondern eine Investition in die Zukunft unseres Landes. Neue Ideen und Entwicklungen brauchen Unterstützung, weil ihre ideelle Bedeutung oft jenseits eines Marktwertes besteht.

Der Verweis bei Kürzungen im Kulturbereich wegen zunehmend knapper werdender öffentlicher Mittel ist in Zeiten milliardenschwerer „Rettungspakete“ und „Flüchtlingshilfe“ nicht glaubwürdig und überzeugend.

Wir wollen erreichen, dass eine ehrliche öffentliche Hinterfragung zu den Zielen im Kulturbereich sowohl in der

Bevölkerung als auch bei den Kulturschaffenden und Vermittlern zu mehr Akzeptanz und Zielführung führt. Hierzu sind insbesondere die Kunstakademien und deren Professoren gefragt.

Auf das Kultursponsoring der Industrie und der Konzerne zu verweisen, entbindet den Staat und die öffentlichen Träger nicht von der Aufgabe, Kulturprojekte auch in Zukunft zu unterstützen. Kultur darf nicht zum kostengünstigen Werbeträger der privaten Wirtschaft umgenutzt werden. Die vorhandenen kulturellen Institutionen wollen wir überprüfen, wenn möglich erhalten und stärken.

Auch die Förderung kultureller Einrichtungen im ländlichen Raum ist von besonderer Bedeutung und trägt dazu bei, die außerstädtischen Regionen als Lebensmittelpunkt attraktiv zu erhalten.

Die AfD will sich dafür einsetzen, dass künstlerische Leistung als ein Beitrag zur Weiterentwicklung dieser Gesellschaft anerkannt und angemessen vergütet wird.

9. WAHLAUFRUF

Die Alternative für Deutschland stellt sich Ihnen am 11. September 2016 in Stadt und Region zur Wahl. Sie will eine politische Alternative zur Politik der etablierten Alt-Parteien in Hannover bieten. Mit unserem Kommunalwahlprogramm „Politik für Hannover“ zeigen wir Ihnen, wie wir die Zukunft unserer Region gestalten, die Lebensqualität erhöhen und den Zusammenhalt in unserer Bevölkerung stärken wollen.

Unser Wahlprogramm ist eine gesellschaftspolitische Alternative zu der konturlosen und verfilzten Politik der etablierten Alt-Parteien. Wir wollen Kommune und Gesellschaft dezentral, volks- und basisnah gestalten und dadurch die Bürgerschaft stärken.

Wir wollen, dass Sie in
Stadt und Region Hannover
sicher und frei leben können!

Unterstützen Sie unsere Politik!

Wählen Sie am 11. September 2016 die
Alternative für Deutschland!

Das Wahlprogramm wurde erstellt unter Nutzung folgender Quellen:

1. Nutzung des Wissens und der Recherche der AfD-Mitglieder
2. Wahlprogramme anderer AfD-Gliederungen
3. Liste der 100 größten Unternehmen Niedersachsens der Nord/LB 2015
4. Sachverständigengutachten Gesundheitswesen
5. IHK Verkehrsstudie 2012
6. Material der Initiative Pro D-Tunnel e. V.

Wir brauchen Ihre Unterstützung!

Für die bevorstehenden Kommunalwahlen im September 2016 sind wir auf das Engagement Freiwilliger und finanzielle Zuwendungen von unseren Unterstützern angewiesen.

Jede Zuwendung hilft!

Bitte im Verwendungszweck „Wahlkampfspende“ und auf dem Einzahlungsbeleg die vollständige Adresse für eine Spendenquittung angeben.

Kommunalwahl 2016

Wählen Sie die AfD!

AfD Kreisverband Hannover Stadt
www.afd-hannover.de
AfD Kreisverband Hannover Land
www.afd-hannover-land.de
Postfach 0303, D-30003 Hannover
info@afd-hannover.de

SPENDENKONTEN:

AfD Kreisverband Hannover Stadt
IBAN: DE67 2505 0180 0910 2231 30
Sparkasse Hannover
AfD Kreisverband Hannover Land
IBAN: DE64 2505 0180 0910 1892 34
Sparkasse Hannover

Alternative für Deutschland